Nr. 360. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kompareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 17. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der 21. Juli.

Parteigenossen!

Der Parteivorstand hat durch Rundschreiben vom 7. Juli die Parteiorganisationen aufgefordert, Versammlungen und Demonstrationen großen Stils vorzubereiten.

Es gilt, dem Treiben der Reaktionäre entgegenzutreten, die die durch den Krieg so drückend gewordene Lage in verleumderisch-demagogischer Weise für ihre Parteizwecke auszunützen suchen. Es muß dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Revolution als elementares gesellschaftliches Ereignis die unausbleibliche Folge der Kriegspolitik der ehemals herrschenden Klassen war und daß diese allein die Schuld an dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Volkes tragen.

Ebenso muß der katastrophalen Politik der Unabhängigen und Kommunisten entgegengetreten werden, die, wie gebannt auf die baldige Weltrevolution hoffend, durch putschistische Aktionen und Generalstreiks der allmählichen Gesundung unseres Wirtschaftslebens, dem sozialistischen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unausgesetzt hindernd in den Weg treten.

Am 21. Juli protestieren die Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewaltätigen Imperialismus der Entente. Der deutsche Imperialismus liegt vernichtet am Boden, der Kampf der Entente geht und ging gegen Deutschland, als das Land, in dem der sozialistische Aufbau der Gesellschaft unter demokratischer Einwirkung des ganzen Volkes sich vollziehen soll.

Wir fordern unsere Parteiorganisationen entsprechend der ihnen zugegangenen Weisung auf, die Aktion unserer Genossen in den Ländern der Entente mit der unserigen zu vereinen und sie zu einer Kundgebung aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten.

Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!

Der Parteivorstand.

Zentralisierung des Steuerwesens.

Beschlüsse der Finanzministerkonferenz.

Karlsruhe, 16. Juli. In der Sitzung des badischen Haushaltausschusses am 15. Juli machte Finanzminister Dr. Wirth über die Konferenz der Finanzminister der deutschen Gliedstaaten folgende Mitteilungen:

Es soll die Gesetzgebung über sämtliche Steuerquellen nur dem Reiche zukommen, und die erzielten Einkommen sollen nach einem noch aufzustellenden Schlüssel zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden, unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten aller Beteiligten, verteilt werden. Die gesamte Finanzverwaltung der Abgaben soll von einer Zentralstelle einheitlich geleitet werden. Nach Auffassung des Finanzministers bedeutet dieses Verlangen der Reichsregierung das größte Opfer, das man den Bundesstaaten zumuten könne. Das Reich beabsichtige, die Bundesstaaten in einem noch zu bestimmenden Umfange an den Erträgnissen gewisser Steuern, wie Einkommensteuer und Erbschaftssteuer teilnehmen zu lassen. Die Bundesstaaten hätten dann noch Gelegenheit, besondere Ertragssteuern oder etwa die Vergnügungssteuer für sich auszubauen, sofern das Reich auf die bereits eingebrachte Vorlage einer Vergnügungssteuer verzichte, damit die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden im wesentlichen beseitigt wird. Sie werden der strengen Aufsicht der Bundesstaaten hinsichtlich ihrer Ausgaben unterworfen.

*

Der Finanzausschuß des bayerischen Landtages, der sich mit diesen Plänen beschäftigte, verfaßte eine Entschließung, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden soll, in der gegen die Reichsfinanzverwaltungspläne Protest eingelegt wird, da sie den Untergang der politischen Selbständigkeit der Einzelstaaten bedeuten. Die bayerischen Abgeordneten in Weimar müßten sich geschlossen hinter die bayerische Regierung stellen.

Bürgerstreik in Stralsund.

Stralsund, 16. Juli. Heute mittag 12 Uhr ist die Bürgerschaft in den Abwehrstreik eingetreten. Sämtliche Geschäfte und Bureaus wurden geschlossen. In dem Landarbeiterstreik haben heute vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem pommerschen Landbund begonnen.

Wilder Generalstreik in Stettin.

Kommissare mit weitgehenden Vollmachten in Pommern.

Stettin, 16. Juli. Der heute ausgebrochene Generalstreik stellt sich als eine Ueberrumpelung der Arbeiter durch die Unabhängige Sozialdemokratie dar. Eine heute nachmittag abgehaltene Versammlung des Aktionsausschusses der Mehrheitssozialisten, an der Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen, beschloß, daß in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Arbeit sofort wieder aufgenommen, im übrigen aber der Streik fortgesetzt werden solle, bis eine auf morgen Vormittag einberufene Versammlung der Vertrauensleute des Wahlvereins weiter beschließen wird. Die Zeitungsverleger haben beschlossen, die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen zu lassen. Der Oberpräsident und der Zentralarbeiterrat der Provinz Pommern haben sich telegraphisch an die Ministerien gewandt und um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern gebeten.

Berlin, 16. Juli. Die Preußische Staatsregierung hat soeben beschlossen, die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Kreczinski vom Kriegsministerium über Stettin nach Stralsund als Kommissare mit weitgehendsten Vollmachten sofort zu senden, um an Ort und Stelle in Stralsund die Ursachen des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissare in die Lage versetzt worden, den Belagerungszustand über Stralsund evtl. aufzuheben und den Arbeitszwang zu beseitigen.

Ausbreitung des Stettiner Generalstreiks.

Auch die Eisenbahner ausständig.

Stettin, 16. Juli. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen und einen Aktionsausschuß einzusetzen, der das nötige veranlassen soll. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören.

(Weitere Nachrichten auf der dritten Seite.)

Amerika und der Friedensvertrag.

Wilson selbst mit seinem Werk unzufrieden.

Amsterdam, 16. Juli. „Telegraaf" zufolge erklärte Wilson in seiner Rede, die Mitglieder der Friedenskonferenz hätten dauernd versucht, ihre Interessen den Grundsätzen anzupassen, über die man übereingekommen war. Diese Aufgabe sei furchtbar schwierig gewesen. Der Friede sei unmöglich, ohne daß die Ordnung der Dinge in Mitteleuropa nach eigenem Recht geregelt, und eine neue Ordnung geschaffen werde, die sich auf die freie Wahl der Völker gründe. Bei der Bildung dieser neuen Staaten konnten keine natürlichen Grenzen gefunden werden. Deutschland habe seine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht verwaltet, sondern nur ausgebeutet habe, ohne den Rechten der Eingeborenen Rechnung zu tragen.

Haag, 16. Juli. Aus New York wird gemeldet: Nach Mitteilungen aus Wilsons engster Umgebung betrachtet **Wilson selbst den Frieden als schlecht.** Er hoffe, daß der Völkerbund den Frieden verbessern würde. **Aber dem Bund fehlt in seiner jetzigen Beschaffenheit die Macht, die dazu notwendig ist.** Deshalb muß auch der Völkerbund verbessert und geändert werden. Dies könne aber nur geschehen, wenn es Regierungen gäbe, die bereit seien, dabei mitzuwirken. **Diese Regierungen gäbe es aber im Augenblick nicht, die meisten seien zu konservativ.** Deshalb wäre es nötig, in verschiedenen Ländern Regierungen zu bilden, die freisinniger als die jetzigen sind.

„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los," seufzt Wilson. Wir müssen ihm das Recht absprechen, sich zu beklagen, ist es doch sein Verhalten gewesen, daß „diese konservativen Regierungen" die Macht über Europa gegeben hat. Gespannt kann man sein, wie er „die freisinnigere" Gestaltung dieser Regierungen durchführen will. Ist er nicht endlich zur Einsicht gekommen, daß er den Clemenceau und Lloyd George gegenüber machtlos ist? Den wahren Völkerbund, Herr Wilson, werden wir erst bekommen, wenn das Proletariat der Welt seine Geschicke in die eigenen Hände genommen hat. Neugierig muß man auch sein, wie die Ausbeuter Indiens, die Mörder tausender Iren- und Burenfrauen und -kinder „die Rechte der Eingeborenen" wahrnehmen werden.

Der Friedensvertrag wird wohl von Amerika doch ratifiziert werden, wie nachstehende Meldung zeigt:

Haag, 16. Juli. Der „Manchester Guardian" erfährt aus New York, daß in der Wallstreet sich eine Stimmung für die Ratifizierung des Friedensabkommens bemerkbar mache, die von den Senatoren, die die Ratifizierung verhindern wollen, direkt als gefährlich angesehen wird. Diese Senatoren sind von befreundeter Seite bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß es besser wäre, ihre Opposition aufzugeben, da sonst die republikanischen Senatoren eine Gesetzesvorlage zur Vornahme einer strengen Untersuchung der Kriegsgewinne durchdrücken würden. Man hofft, daß **dies der Opposition der Finanzleute ein Ende machen werde.**

Die Bahn ist frei.

Von Richard Lohmann.

Der Kampf um die Schule im neuen Deutschland ist durch die in Weimar getroffenen Vereinbarungen mit dem Zentrum zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen. Es ist ein bedeutsames Zeichen für die geistige Reife unseres Volkes, daß dieser Kampf auch in den Tagen größter materieller Not und der brennenden Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes nicht nur die Zünftler, sondern auch die breiten Massen unseres Volkes in Erregung zu setzen und in Atem zu halten vermochte. Hüben und drüben wußte ein jeder, was auf dem Spiele stand.

Ueber die Notwendigkeit einer Verständigung braucht man vor politisch Mündigen nicht viel Worte zu machen. Eine neue Regierungskrisis, eine Desperado-Politik unserer Partei hätte neue Wirrungen, neues, unübersehbares Unglück über unser Vaterland heraufbeschworen. Und doch mußte es für uns in diesem heißen Ringen zweier Parteien, die Weltanschauungsparteien sind wie keine andere sonst, in diesem Ringen um wertvolle und unersetzliche Kulturgüter eine Grenze des allenfalls möglichen Entgegenkommens geben: wir mußten uns die Möglichkeit sichern, unsere programmatischen, kulturpolitischen Forderungen innerhalb des verfassungsmäßig festgelegten Rahmens der neuen Schule durchzuführen; wir mußten darauf bestehen, daß der Damm niedergerissen würde, den die Schule bisher der inneren Befreiung des Volkes, der freiheitlichen Erziehung der Jugend entgegentürmte; wir mußten die Gewähr haben, Schulen gründen und weiterbilden zu können, die Geist von unserem Geiste sein sollen und sein werden. Wenn uns schon der erste Schritt auf dem Wege zur Schule der Zukunft nicht die weltliche Einheitsschule und die Erfüllung unseres sozialistischen Erziehungsideals bringen konnte, so mußte wenigstens die Bahn dafür frei sein.

Ist diese Mindestforderung durch das Kompromiß erreicht?

Drei Punkte in der neuen Vereinbarung bedeuten einen ganz wesentlichen Fortschritt, bedeuten die Erreichung des hier gekennzeichneten Zieles und haben darum unseren Parteigenossen die Zustimmung zu dem Kompromiß ermöglicht. Dazu gehört vor allem die nunmehr festgelegte Anerkennung unserer Programmforderung der weltlichen Schule durch die Reichsverfassung. Es besteht die Freiheit, durch Beschluß der Erziehungsberechtigten, d. h. der Eltern, also letzten Endes des Volkes selbst, überall die veraltete konfessionelle Schule durch die weltliche zu ersetzen. Jeder Zwang ist nunmehr gefallen. Der neue Staat will ihn weder nach der einen, noch nach der anderen Richtung hin ausüben.

Damit ist für uns, für die Umgestaltung der Schule im Sinne unserer programmatischen Forderungen die Bahn in der Tat frei. Es kommt jetzt alles darauf an, daß die Eltern, das Volk selbst von den ihnen verliehenen Rechten, von ihrer Freiheit auch den richtigen Gebrauch machen. Für uns bleibt es also noch wie vor die wichtigste Aufgabe, an Stelle aller von uns stets verworfenen Zwangsmittel mit den Waffen des Geistes, mit unermüdlicher Aufklärungsarbeit der Umbildung unserer Schule allüberall den Weg zu bereiten.

In den weltlichen Schulen ist fortan auch der Religionsunterricht kein ordentlicher Lehrgegenstand mehr. Gerade in diesem Punkte bedeutet das neue Kompromiß einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber dem ursprünglichen, noch mit den Demokraten gemeinsam geschlossen. Waren sie es doch, die Demokraten, die entgegen dem Willen der gesamten freiheitlich gesinnten Lehrerschaft für die Beibehaltung des Religionsunterrichts eintraten. Und es ist ein leicht zu durchschauendes Manöver, wenn die demokratische Presse unter Führung des „Berliner Tageblattes" die Lehrerschaft nun gegen die Sozialdemokratie als „Verräterin" hetzen möchte. Die Lehrer sollen es aber wissen, daß die Beseitigung des Religionsunterrichts, die Möglichkeit einer weltlichen Schule von der Sozialdemokratie erreicht worden ist — gegen den Willen der Demokraten.

Und noch in einem anderen Punkte geht das neue Kompromiß bedeutend über das von den Demokraten Zugestandene hinaus: Wurde bisher für die Befreiung eines Schülers vom Religionsunterricht eine besondere Willenserklärung der Eltern verlangt, so wird nunmehr die Teilnahme daran von dieser Willenserklärung abhängig gemacht. Wer die Macht der Tradition und die Angst der meisten Eltern vor solchen „Erklärungen" kennt, wird den grundsätzlichen Unterschied zwischen der alten und der neuen

Fassung sehr wohl zu würdigen wissen. Der Religionsunterricht ist jetzt erst in der Tat wahlfreies Fach geworden, mag er auch dem Namen nach immer noch „ordentlicher Lehrgegenstand" sein.

Wir dürfen aber bei der Betrachtung des Schulkompromisses die Religionsfrage nicht einseitig in den Vordergrund schieben. Die Aufhebung der alten klassenstaatlichen Schulscheidung, die Sicherung des freien Aufstiegs aller Kopfbegabten und umgekehrt der Zwang zur Beschäftigung mit der Handarbeit, die Erlernung des „ABC's der Technik" — wie es Heinrich Schulz einmal treffend genannt hat —, das alles sind doch Fragen, die uns als sozialistische Schulpolitiker mindestens ebenso wichtig und bedeutsam erscheinen müßten als jene. Und hier sind alle unsere Forderungen nahezu restlos erfüllt, die Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen ist schon durch die Verfassung festgelegt, die Erziehungsbeihilfen für Minderbemittelte werden in der jetzt vorgeschlagenen Form einen brauchbaren Ersatz während der Uebergangszeit bis zur vollen Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs bilden.

Die Frage der Privatschulen, für deren Beibehaltung sich ja gerade die kapitalistischen Demokraten aus leicht begreiflichen Gründen eingesetzt hatten, ist nunmehr wenigstens soweit geklärt, daß die Privatschulen fortan nicht zu Standesschulen werden können, deren Zugang nur besonders bemittelten „Flüchtlingen aus der Einheitsschule" möglich ist.

Alles in allem muß also jeder, der vorurteilsfrei an das Schulkompromiß herantritt, zugeben, daß die Sozialdemokratie keine einzige ihrer Programmforderungen aufgibt, wenn sie aus allgemein politischen Gründen diesem Kompromiß ihre Zustimmung gibt. Natürlich hätten wir alle gewünscht und gehofft, daß wir der Erfüllung unserer Ziele schon näher wären, als wir es tatsächlich sind. Unsere Arbeit wäre leichter und erfolgverheißender gewesen innerhalb eines von allen Fesseln der Vergangenheit befreiten Schulaufbaues. Aber leisten können wir diese Arbeit auch in dem jetzt durch die Reichsverfassung gespannten Rahmen. Und wenn die „Freiheit" in einer ganz wüsten Schimpfkanonade neben dem schönen Vorwurf der „Gesinnungsverlumpung" auch den der „Preisgabe des Kulturinhalts der sozialistischen Bewegung" erhebt, so zeigt das doch nur, daß sie sich dieser Arbeit, diesem Kampf mit rein geistigen Waffen, die Gewinnung unseres Volkes und unserer Schulen durch das Mittel der Aufklärung nicht zutraut, daß ihr die freie Bahn, die geschaffen ist, allein nicht genügt, daß sie den Zwang zum Sozialismus der Freiheit zum Sozialismus vorzieht.

Wir aber wollen — unbeirrt durch die Vorwürfe von rechts und links, unbekümmert um Sieg- und Verratsgeschrei — nun erst recht mit frischer Kraft an die Arbeit gehen und nicht eher rasten und ruhen, bis auch im fernsten und dunkelsten Winkel Deutschlands das Licht aufgegangen ist und die weltliche Schule über die nun drohende Zersplitterung in unserem Schulwesen hinweg zur wirklichen Einheitsschule im neuen Deutschland geworden ist. Ein Ziel, der Mühe wohl wert.

Die Bahn ist frei!

Keine Angriffsabsichten der Tschecho-Slowakei.

P. P. N. Die Verhältnisse an der tschechischen Grenze zeigen eine immer deutlichere Entspannung. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Tschechen nicht den Wunsch haben, in Oberschlesien einzumarschieren.

Insbesondere die Ereignisse an der ungarischen Front haben dahin gewirkt, daß die tschechische Regierung jetzt mehr als früher darauf ausgeht, das Reich in dem Umfange, wie es jetzt besteht, zusammenzuhalten und auszubauen, auf neue Unternehmungen und Abenteuer hingegen zu verzichten. Die mangelhafte Unterstützung der Entente hinsichtlich der Truppen und des Materials hat hierzu zweifellos mitgewirkt. Das stete Gefühl der Abhängigkeit, die Bevormundung in allen wichtigen militärischen und politischen Fragen wirken auf die tschechische Regierung drückend.

Streik der englischen Minenarbeiter.

Haag, 16. Juli. Aus London wird gemeldet: 150 000 Minenarbeiter im Westen der Provinz Yorkshire haben gestern abend die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unterhandlungen mit den Grubenbesitzern gescheitert waren.

Unruhen auch in Spanien.

Haag, 16. Juli. Die Londoner „Morningpost" erfährt aus Madrid, daß die Regierung in einer sehr schwierigen Lage sei, da sie fortwährend den heftigsten Angriffen ausgesetzt ist. Man wirft ihr falsche Maßnahmen in wirtschaftlicher Hinsicht vor, die geeignet sind, den Lebensunterhalt noch teurer als im Kriege zu gestalten.

In Andalusien haben streikende Landarbeiter Unruhen verursacht, teilweise die Ernte verbrannt und Kämpfe mit den dagegen einschreitenden Truppen hervorgerufen. Auch in Katalonien konnten größere Ruhestörungen nur mit großer Mühe von der Polizei unterdrückt werden.

Es wird wohl ähnlich wie bei uns sein, nicht die Landarbeiter, sondern die Agrarier, die sie durch ihre Ausbeutung in den Streik getrieben haben, werden die eigentlichen Verursacher der Unruhen sein.

Judenpogrome in Polen.

Die „Humanité" vom 14. Juli bringt ausführliche Mitteilungen über Judenpogrome, an denen sich die Truppen der Armee Haller in hervorragendem Maße beteiligten. In Warschau als auch in Krakau sind Juden geschlagen, sogar grundlos getötet worden.

Keine fremden Truppen für Oberschlesien.

Haag, 16 Juli. (SN) Aus New York wird gemeldet: Der Pariser Korrespondent des „New York Herald" meldet, daß die Regelung für die Volksabstimmung in Oberschlesien Fortschritte machten. Die amerikanischen, sowohl wie die anderen Delegationen hoffen zuversichtlich, daß die Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Polen ausgeglichen werden könnten, so daß die Volksabstimmung ohne Hilfe von fremdem Militär stattfinden könnte. Man glaubt ferner, daß deutsche und polnische Soldaten das Gebiet friedlich verlassen werden und daß die Organe der Alliierten die Möglichkeit haben werden, eine örtliche Polizeimacht zu errichten, welche für eine ehrliche Durchführung der Wahlen Sorge tragen kann. Sowohl die amerikanischen wie die anderen im Obersten Rat der Alliierten vertretenen Mächte haben gezeigt, daß sie bereit sind, Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Was war der Krieg?

Die „Freiheit" untersucht die Frage in ihrer Morgenausgabe vom 16. Juli. In der dritten Spalte der ersten Seite lautet die Antwort:

> Es war ein Aufeinanderprallen der kapitalistischen Gegensätze, es war eine Herausforderung des deutschen Militarismus an die übrige Welt; nicht um die Sache des Proletariats hat es sich in diesem Weltkrieg gehandelt, sondern um die Sache des Kapitalismus und Militarismus.

In der ersten Spalte derselben ersten Seite derselben Morgenausgabe derselben „Freiheit" lautet die Antwort ein wenig anders. Dort heißt es:

> So ringt sich überall die Erkenntnis durch, daß nicht der Friede des Imperialismus die gewaltige soziale Umwälzung beenden kann, in der der Krieg selbst nur einen bedeutungsvollen Abschnitt darstellt. . .

Nach der „Freiheit" war der Krieg also ein bedeutungsvoller Abschnitt der gewaltigen sozialen Umwälzung, aber mit der Sache des Proletariats hatte er nichts zu tun. Woraus gefolgert werden muß, daß die gewaltige soziale Umwälzung unserer Tage das Proletariat nichts angeht.

Das ist eine verblüffende Entdeckung, die die „Freiheit" da gemacht hat. Sie verdient, durch uns weitergegeben zu werden.

Der Protest gegen den Gewaltfrieden.

Am 21. Juli.

In der gestrigen Abendausgabe unseres Blattes haben wir uns in einem Artikel polemisch mit der von der unabhängigen Sozialdemokratie geplanten Demonstration am 21. Juli gegen den Gewaltfrieden auseinandergesetzt. Die Unabhängigen betrachten nach ihrem Aufruf diese Protestaktion nicht so sehr als eine solidarische Handlung für die Gesamtaktion des internationalen Proletariats gegen die Regierungen der siegreichen Allianz, als gegen die deutsche Regierung selbst. Ihre schärfste Gegnerschaft gilt nicht den Feinden Deutschlands, sondern der Regierung des eigenen Volkes. Nach unserer Meinung war angesichts der spontanen und über alle Maßen gewaltigen Protestaktion aller Parteien Deutschlands gegen den Schmachfrieden alles Erdenkliche getan, um ihn abzuwenden. Sie waren ohne Erfolg. Daran haben die Unabhängigen ihr vollgerüttelt Maß schuld. Der harte Zwang der Tatsachen hat uns in die passive Rolle gedrängt, die Forderungen der Entente anzunehmen und sie zu erfüllen, soweit wir überhaupt dazu in der Lage sind. Wir haben die Meinung ausgesprochen, daß die Demonstrationen der Internationale zunächst unsere Lage nicht erleichtern und daß wir ihnen nicht dabei helfen können. Diese Meinung war diktiert von der Erfahrung, daß die Internationale sich seit Kriegsbeginn als zu schwach erwiesen hat, irgend etwas im Spiele der Gewalt zu ändern.

In der heutigen Ausgabe finden unsere Leser einen Aufruf der Partei, der die Aufforderung enthält, gemeinsam mit dem internationalen Proletariat am 21. Juli die Stimme heftigsten Protestes gegen den Gewaltfrieden abermals zu erheben.

Gleichzeitig ist aber darin gesagt, daß mit aller Entschlossenheit gegen die Pläne der Unabhängigen Front gemacht werden müsse, auch diese ernste Angelegenheit wieder zu einer Gelegenheit der Hetze gegen die bestehende Regierung und zu einer neuen Beunruhigung des deutschen Volkes zu benutzen.

Die Parteidisziplin, die den Genossen höher stehen muß, als die Meinung einzelner in dieser Angelegenheit, erfordert, daß wir uns dem Wunsche der Partei willig fügen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert auf, daß das deutsche Proletariat die Aktion der gesamten Internationale gegen den Gewaltfrieden mit aller Kraft unterstützt, und die Parteigenossen haben die Pflicht nun alles daran zu setzen, um die Demonstrationen für den Sieg der Gerechtigkeit so wirksam wie möglich zu gestalten.

Die Demonstrationen der Unabhängigen lehnen wir nach wie vor ab. Sie verfälschen die internationale Aktion durch ihren Kampfruf gegen die deutsche Regierung, in der die Mehrheit von unseren Genossen gebildet ist.

Görlitzer Vertrauensleute gegen Putsche.

Görlitz, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Eine heute abgehaltene Sitzung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der Großbetriebe beschäftigte sich mit der Lebensmittelversorgung und den Gerüchten über Putschabsichten am Donnerstag. Die Betriebsvertreter, zu denen auch Mitglieder der U. S. D. gehören, brachten nach Anhörung eines Magistratsmitgliedes und von Mitgliedern der Lebensmittelkommission ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, daß zurzeit alles getan werde, um in der Frage der Beschaffung von Lebensmitteln und der Preisfestsetzung die Bevölkerung von Görlitz zufrieden zu stellen. Erwartet wird, daß bestehende Unzulänglichkeiten behoben werden. Putschversuche lehnen die Vertrauensleute ab, und sie erwarten von der gesamten Arbeiterschaft, daß sie nur im Einverständnis mit den Organisationsleitungen in Aktionen eintreten wird.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Der von uns am Donnerstag in der Abendausgabe veröffentlichte Artikel über „Produktive Erwerbslosenfürsorge" ist von Herrn Assessor M. Benda-Berlin verfaßt. Der Name des Verfassers ist seinerzeit irrtümlicherweise nicht mitveröffentlicht worden.

Friedensernte.

Friedensernte . . . Seit Jahren das erstemal
Reift unser Acker der goldene Sonnenstrahl
Frei von Not und Tränen und Leid!
Alles Kriegsgraun liegt fern und weit!
Sind auch die Zeiten lastend und drückend und schwer:
Freiheit, dein Banner schwebt über uns her!
Zukunftssegen, gereift im Völkerzorn,
Wuchs und reift uns im goldnen Erntehorn!

Friedensernte . . . Die Sensen laßt singen im Feld!
Heil jeder Hand, die den Acker der Not bestellt!
Dank jeder Faust, die den Pflug durch die Schollen zwang!
Jedem, der Saaten streute, Segen und Dank!
Durch die Stunden der Not, durch die Wochen der Pein
Schritten wir tastend in schwankende Zukunft hinein,
Schritten wir, fest gewappnet in Arbeit und Pflicht,
Aus Zweifelsdunkel in lachendes Wirklichkeitslicht!

Friedensernte . . . Nun haltet eifrige Wacht,
Bis den letzten Halm wir in die Scheuer gebracht,
Bis die Aecker gefegt sind von eisernem Fleiß,
Bis von Hunger niemand im Lande mehr weiß,
Bis wir alle gegeben die beste Kraft,
Die uns die neue Zukunft der Heimat erschafft,
Bis wir willen, wie brausend die Stürme auch wehn,
Wir werden nicht wanken und untergehn!

Ludwig Lessen.

Ein kindliches Zeichengenie.

Adolf v. Hildebrand, der berühmte Münchener Bildhauer, gibt jetzt in einer eigenen Veröffentlichung die Zeichnungen eines Kindes heraus, des kleinen Ludwig Rothenburger, des Sohnes eines Münchener Bildhauers. Sein tragisch frühes Ende, so schreibt Hildebrand in der Einleitung, ist die äußere Veranlassung, bedingt jedoch nicht den inneren Grund der Bekanntgebung. Es sind Zeichnungen, die der Junge mit sechs Jahren machte, und zwar lediglich nach dem inneren Bild, denn abgezeichnet hat er nur, als er mit 4½ Jahren versuchte, eine Zeichnung seines Vaters von einem Stadtbild Münchens nachzuahmen, das aber nicht aus Vogelperspektive gesehen war. Außerdem versuchte er damals eine Postkarte mit den Frauenkirchtürmen zu kopieren. Dann fing er jedoch gleich an zu erfinden. Wichtig mag es gewesen sein, daß er im 3. Stock wohnte und auf die Straße hinuntersehen konnte, denn er machte nur Bilder aus der Vogelperspektive, dieser allerschwersten und kompliziertesten Ansichten. Wenn er so etwas erfand, fing er links oben an und zeichnete ohne Unterbrechung und ohne jegliche Korrektur sein Blatt bis unten rechts fertig.

Das Wunderbare ist die hochentwickelte perspektivische Klarheit seiner Vorstellung und ferner die deutliche architektonische Formerinnerung. Die Türme der Frauenkirche mit allen ihren Gliederungen scheinen ihn besonders beschäftigt zu haben, und er kann sich nicht genug tun, diese darzustellen. Wenn man sich klar macht, daß ein Kind von sechs Jahren in einer so positiven Klarheit des Gesehenen lebt, so kommt einem dies wie ein Wunder vor, welches wohl kaum schon dagewesen sein mag.

Die Sicherheit, mit der der Kleine die schwierigsten Ueberschneidungen der Straßenwendungen einfügt, zeigt ein Erfassen des Augenbildes kubischer Form, die man sich schwer erklären kann. Ich gestehe, daß mich solch Phänomen, als ich die Zeichnungen das erste Mal sah, der Junge war gerade sechs Jahre geworden, ganz unheimlich berührte. Wie macht das die Natur möglich, wie kommt eine so speziell einseitige Begabung zustande? Mit anderen Kinderzeichnungen hatten diese nichts zu tun; es liegt ein solches Begreifen darin, daß man es mit dem Kinderzustand nicht zusammenreimen kann, und berührt einen mehr wie die Wunder der musikalischen Begabung, die ja aber nichts mit den Eindrücken der Außenwelt zu tun haben und deshalb als rein inneres Produkt eine solche Frühreife eher möglich machten. Zeichnungen nach der Natur, mögen sie auch noch so talentvoll sein, sind auch bei einem Kind zu begreifen, hier handelt es sich aber um initiatives Verstehen allgemein perspektivischer Gesetze, aus denen heraus ein Kind Stadtbilder phantasiert.

Wenn er eine Postkarte mit irgend einem architektonischen Bau, z. B. einem Turm vor sich hatte, sagte er: jetzt werde ich einmal den Turm zeichnen, wie er sich von rechts ausnimmt — und zeichnete dann mit absoluter Sicherheit die neue Ansicht hin. Aber auch wenn man ihm einen Grundriß gab, stellte er sich sofort die Aufgabe, eine Ansicht davon hinzuzeichnen. Diese Uebertragung in die Bilddarstellung war ihm die größte Freude.

Es handelt sich also nie um ein Nachzeichnen eines vor ihm stehenden Bildeindrucks, sondern um ein freies Produzieren aus seiner Erkenntnis der Beziehung von kubischer Form und Erscheinungsart. Wenn jemand nach dem perspektivischen Unterricht eine solche Aufsicht konstruiert, so ist dies kein künstlerischer Vorgang. Wenn aber hier bei einem Kinde, ohne alle erlernte Kenntnis, solche initiative Verstandesreife möglich ist, so bedeutet das einen geistigen Prozeß, der ein spezielle künstlerisches Element in sich schließt, in Zeiten primitiver Kunst gerade gänzlich fehlt und sich erst allmählich ausbildet.

Es scheint mir daher die Tatsache dieser Kinderzeichnungen ungemein wertvoll zu sein für die allgemeine Erkenntnis der menschlichen Vorstellungstätigkeit und ihrer Möglichkeiten.

Vergnügungssteuer und freie Volksbildungsarbeit.

Nach dem Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes, der der Nationalversammlung vorliegt, sollen u. a. alle Theatervorstellungen, Vorführung beweglicher Lichtbilder, Konzerte und andere musikalische Darbietungen, Vorträge, Vorlesungen, Gedichtvorträge und Ausstellungen besteuert werden, und es wird in der Vorlage ausdrücklich bemerkt, daß die Veranstaltungen der Steuer unterliegen ohne Rücksicht darauf, ob sie den Zweck haben, zu unterhalten, zu ergötzen, zu erbauen oder zu belehren. Ausgenommen sollen nur Veranstaltungen sein, die lediglich dem Unterrichte in öffentlichen oder erlaubten privaten Unterrichtsanstalten dienen. Durch diese Besteuerung wird das freie Volksbildungswesen sehr hart getroffen, und es ist dringend zu fordern, daß insbesondere alle gemeinnützigen Bühnenveranstaltungen, die den offensichtlichen Zweck verfolgen, ohne Erwerbsabsichten den breiteren Schichten der Bevölkerung gute Kunst darzubieten, von der Besteuerung ausgenommen werden, ebenso die Vorführung von Licht- und Lebebildern für Bildungszwecke, alle künstlerischen Veranstaltungen, die einen ernsten Kunst- und Erziehungszweck verfolgen, insbesondere aber Vorträge und Vorlesungen dieser Art. Bedenklich ist auch die Besteuerung aller Ausstellungen einschließlich derjenigen, die einen belehrenden Zweck verfolgen, wie die Ausstellung von Büchern für die Jugend, für Volksbüchereien, die Ausstellung von Bildern und volkstümlichen Kunstwerken zur Ausstattung und Ausschmückung einfacher Wohnungen. Die Gesellschaft für Volksbildung hat deswegen gegen den Gesetzentwurf Einspruch erhoben und gebeten, von der Besteuerung aller eigentlichen Bildungsveranstaltungen und Einrichtungen abzusehen.

Notizen.

— **Die Vereinigung der Geistigen.** Ueber die Zusammenarbeit der in den verschiedenen Ländern entstehenden Gruppen der jüngst zuerst in Paris gegründeten internationalen Vereinigung „Clarté" ist, bis zur Gründung eines deutschen Sekretariats, vom Herausgeber der Zeitschrift „Weiße Blätter" (Uttwil am Bodensee, Schweiz 5) Auskunft zu erhalten.

— **Stadttheater-Verhältnisse während des Krieges.** Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat im Jahre 1917/18 auf Anregung der Herausgeber des „Kommunalen Jahrbuchs" eine Rundfrage an ihre Obmänner gerichtet, um die damalige allgemeine wirtschaftliche Lage der Stadttheater und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnenangehörigen zu ermitteln. Die Rundfrage ist aus 88 Städten beantwortet worden, wovon 18 privatwirtschaftliche, 15 kommunalwirtschaftliche, 5 gemischtwirtschaftliche Betriebsweise haben. Im „Kommunalen Jahrbuch" ist jetzt eine Bearbeitung der Enquete erschienen, die Victor Noack verfaßt hat.

— **Zur Wahrheit über die Revolution** heißt das neunte Heft der „Süddeutschen Monatshefte". Es enthält u. a. die Aufsätze: Psychiatrische Randbemerkungen zur Zeitgeschichte von Geheimrat Dr. Emil Kraepelin. Der Kommunismus in der Praxis von Dr. Fritz Gerlich. Schule und Revolution von Dr. Josef Hofmiller. Die Revolution in Bayern von Dr. Paul Busching. Vom Konstitutionalismus zur Räteverfassung von Professor Dr. Martin Spahn.

— **Um Strindbergs Dramen.** Der Streit der Vorlage Müller-München und Oesterheld-Berlin um das Uebersetzungs- und Aufführungsrecht einer Anzahl Dramen Strindbergs hat jetzt zu einer einstweiligen Verfügung geführt, die der Vertreter der Strindberg-Erben erwirkt hat. Danach ist es dem Verlag Oesterheld verboten, die geplante neue Uebersetzung herauszugeben und den Bühnen anzubieten.

— **Für Forschungen der Wärmewirtschaft** wurde in Stuttgart unter Leitung des Münchener Professors Dr. Knoblauch eine Anstalt gegründet. Sie soll Wege finden, um die Ausnutzung der Brennstoffe, die jetzt nicht gründlich genug geschieht, durch geeignete Wärmeschutzstoffe ergiebiger zu machen.

Die Lage im Landarbeiterstreik.

Ueber die Lage des Landarbeiterstreiks erfahren die V. V. N.: Die Meldungen, die heute und gestern durch die Presse gegangen sind, die von einem großen Streik der Landarbeiter in Pommern sprechen, sind im allgemeinen stark übertrieben. Im Regierungsbezirk Stralsund befindet sich ein einziger Streikherd und zwar in Franzburg, in dem etwa 1200 bis 1500 Landarbeiter sich im Ausstand befinden. In den anderen Landkreisen Grimmen und Greifswald herrscht wohl im allgemeinen erregte Stimmung unter den Landarbeitern, jedoch wird, abgesehen von ganz unbedeutenden Arbeitsniederlegungen einzelner weniger, nicht gestreikt; ebenso liegt es in den Landkreisen Demmin, Anklam und Ueckermünde. Auch hier ist von einem Streik der Landarbeiter nicht die Rede. Die städtischen Arbeiter in Stettin haben die Arbeit aus Protest gegen die Verhängung des Belagerungszustandes und aus Protest gegen die Verfügung des Generalkommandos des 2. A.-K. gegen die Landarbeiter niedergelegt, desgleichen die Arbeiter in Stralsund. Die Arbeiterschaft und der Magistrat von Stralsund erkennen die Gründe, aus denen der Belagerungszustand über Stralsund verhängt worden ist, nicht als stichhaltig an. Trotzdem hat sich die Bürgerschaft zu einem Gegenstreik gerüstet. Zurzeit finden in Stralsund Verhandlungen zwischen den ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Tarifvertrag statt. Die Landräte aus dem Regierungsbezirk Stralsund sind zu diesen Verhandlungen hinzugezogen worden.

Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen, die heute im preußischen Staatsministerium über den Landarbeiterstreik stattfinden, den Weg zu einem möglichst schnellen Ausgleich des Streiks eröffnen. Im Großen und Ganzen ist die Streikbewegung erst in der Entwicklung begriffen und es liegt durchaus nahe anzunehmen, daß, wenn beiderseits zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Verständigung möglichst schnell herbeigeführt wird, die inzwischen fühlbar werdenden Folgen der einzelnen lokalen Streiks beseitigt werden, bevor das Volk durch den Streik fühlbare Nachteile erfährt.

•

Die „Vossische Zeitung" meldet:

Wie wir hören, hat das Reichswehrgruppenkommando I an die ihm unterstellten Generalkommandos und Brigaden folgenden Erlaß gerichtet: „In der Landwirtschaft mehren sich die Gefahren für die Erntezeit. Diebstähle in großem Umfange, kommunistische Hetzen für einen Landarbeiterstreik in der Erntezeit können die Ernte zum großen Teil vernichten und Hungersnot herbeiführen. Alle Generalkommandos und selbständigen Reichswehrbrigaden haben sich, wo noch nicht geschehen, ungesäumt mit den zuständigen Stellen über die Sicherung der Landwirtschaft in Verbindung zu setzen und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die militärischen Maßnahmen werden je nach den Verhältnissen verschieden sein. Es kommen in Betracht: Militärische Streifen, stärkere Patrouillen, Gestellung von Erntearbeitern, Gespannen, Lastwagen, Verhängung des Belagerungszustandes über ein großes Gebiet, um die Streikhetzer und kommunistischen Rädelsführer zu verhaften. Die Landwirte sind in jeder Beziehung zu unterstützen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß sich unter den zurückkehrenden Kriegsgefangenen Tausende befinden, die sich gern als Landarbeiter einstellen lassen.

Soweit es sich in vorstehendem Erlaß um den Schutz unserer Ernte vor spartakistischen Umtrieben handelt, ist dieser im Interesse des Volksganzen nur zu begrüßen. Das deutsche Volk, das mehr als vier Jahre hindurch hat hungern und darben müssen, hat heute allen Anspruch darauf, vor verbrecherischen Umtrieben Einzelner in Schutz genommen zu werden, die die Landarbeiterschaft zu ihren politischen Zwecken zu mißbrauchen suchen. Sollte es sich dagegen um eine Unterstützung der Agrarier handeln, so legen wir gegen jedes militärische Einschreiten auf das entschiedenste Verwahrung ein. Der Landarbeiter hat das gleiche Koalitionsrecht wie jeder andere Arbeiter und militärische Versuche, ihm sein Streikrecht zu nehmen, dürften zum kläglichen Scheitern verurteilt sein. Hier hat die Regierung zu beweisen, daß die militärische der Zivilgewalt untergeordnet ist, und aufs schärfste kommunistische Putsche von berechtigten, durch agrarischen Uebermut hervorgerufenen Ausständen der Landarbeiterschaft zu scheiden.

•

Greifswald, 16. Juli. Der Landarbeiterstreik im Landkreise Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhält. Die Wiederaufnahme der Arbeit war dringend geboten, da die Rübchenernte in Gefahr geriet, völlig zu verderben. Gefahr besteht auch für Wintergerste und Zuckerrüben. Von dem auf den Gütern eingerichteten Ausschuß des Landarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weiter transportiert.

Gegenstreik der Stettiner Bürger!

Streikhetze des Reichsbürgerrats.

Stettin, 16. Juli. Der Präsident des Reichsbürgerrats Dr. Wessel hat aus Anlaß des Generalstreiks in Stettin an den hiesigen Bürgerrat eine Drahtung gerichtet, in der der Reichsbürgerrat den bürgerlichen Abwehrstreik mit Genugtuung begrüßt. Jeder Streik sei jetzt Verrat am Vaterlande. Ihm gelte es mit allen und den gleichen Mitteln zu begegnen, wie sie von der Gegenseite angewandt würden. Zähem Willen werde der Sieg zuteil werden.

Die Abtretung der Ostgebiete.

Täglich mehren sich die Proteste westpreußischer, posenscher oder oberschlesischer Kreise und Gegenden, die gegen ihre Abtretung an Polen protestieren. Aus der Fülle der Zuschriften hier eine gegen die Angliederung an die Tschecho-Slowakei: Der südliche Teil des Kreises Ratibor soll ohne Abstimmung an den tschechoslowakischen Staat abgetreten werden. Ferner soll für den Fall, daß sich im Kreise Leobschütz bei der Abstimmung keine deutsche Mehrheit ergibt, auch der südliche Teil dieses Kreises an die Tschecho-Slowakei fallen. Diese vor einigen Tagen in der Bevölkerung der betroffenen Gebiete bekannt gewordene Bestimmung hat einen Schrei der Entrüstung ausgelöst. Bereits binnen zwei Tagen haben in Umlauf gesetzte Listen 35 000 Unterschriften der wahlberechtigten Bevölkerung gefunden, d. i. rund 95 Proz. Die Reichsregierung und der Staatskommissar für Schlesien und Westpolen sind bestürmt worden, keine Mittel unversucht zu lassen, um noch nachträglich die Entente zu bewegen, an den an den tschechischen Staat abzutretenden Gebieten das Selbstbestimmungsrecht zu üben. Die Bewegung wächst von Stunde zu Stunde.

Austritt der SPD-Arbeiterräte aus Vollzugsrat und Vollversammlung

In der gestrigen Fraktionssitzung der S. P. D.-Arbeiterräte erklärte Genosse Brolat, daß es unseren Parteigenossen nicht zugemutet werden kann, mit den Unabhängigen und Kommunisten im Vollzugsrat und in der Vollversammlung noch länger zusammenzuarbeiten. Brolat begründete diesen Standpunkt folgendermaßen: In der letzten Sitzung des Vollzugsrats am Montag wurden die Verhandlungen besprochen, die eine Abordnung des Vollzugsrats wegen Freilassung von aus politischen Gründen Verhafteten und Freigabe verbotener linksradikaler Zeitungen mit der Regierung geführt haben. Bei dieser Gelegenheit sind die kommunistischen Mitglieder in der schmutzigsten Weise über uns hergefallen. Sie haben uns **„Spitzel, Denunzianten und Noskegarden in Zivil"** genannt. Die Unabhängigen haben diese schamlosen Anpöbelungen unserer Genossen durch die Kommunisten **angehört, ohne ein Wort dazu zu sagen.** Eine so schimpfliche Behandlung ist uns zuteil geworden, nachdem wir alles getan hatten, um Anhänger jener Seite **vom Galgen freizumachen.** In allen Fällen sind wir es gewesen, die ohne Rücksicht auf die Partei dafür eingetreten sind, daß die Freiheit des Vollzugsrats nicht beeinträchtigt wird. Wir sind es gewesen, die bei der Regierung die Freilassung der Verhafteten erwirkt haben. Zum Dank dafür werden wir auf das schwerste beleidigt und angepöbelt. Trotzdem verlangen jene Leute, daß wir uns in der Frage der **Finanzierung** des Vollzugsrats vor ihren Wagen spannen und die Regierung zur Hergabe von Geldmitteln veranlassen. Das müssen wir **ablehnen,** denn so wie die Verhältnisse im Vollzugsrat jetzt liegen, ist **praktische wirtschaftliche Arbeit von ihm nicht zu erwarten.** Die Kommunisten suchen durch den Vollzugsrat ihr Ziel: Alle Macht den Arbeiterräten, zu erreichen. Das können wir natürlich nicht mitmachen.

Alle Diskussionsredner begrüßten den Vorschlag, aus dem Vollzugsrat auszutreten, mit lebhafter Genugtuung. Schon längst hätten unsere Genossen diesen Entschluß fassen müssen, denn es sei schon lange klar, daß vom Vollzugsrat und von der Vollversammlung positive Arbeit nicht geleistet wird.

Einstimmig wurde folgende

Erklärung

beschlossen:

„Die aus der Revolution geborenen Arbeiterräte hatten politische Kompetenzen, solange Parlamente, auf demokratischer Grundlage gewählt, nicht vorhanden waren.

Der Vollzugsrat von Groß-Berlin hat es nicht verhindern können oder wollen, daß die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte fast ausschließlich zum Tummelplatz niedrigsten politischen Demagogen- und Dilettantentums gemacht worden ist.

Positive Resultate zum wirtschaftlichen Aufbau haben Verhandlungen der Vollversammlungen der Arbeiterräte und des Vollzugsrats nicht gezeitigt, sie werden sie auch in Zukunft auf Grund ihrer Zusammensetzung nicht zeitigen können.

In allen Situationen, welche durch den mit leidenschaftlicher Erbitterung geführten Kampf geschaffen wurden, wie Verhandlungen zur Aufhebung verbotener Zeitungen, Freilassung politischer Gefangener usw., ist unser Verhalten stets von der Auffassung geleitet gewesen, unser Bestes für die Arbeiterräte zu leisten.

Als infam und nichtswürdig müssen wir es bezeichnen, wenn trotz alledem unseren Vertretern im Vollzugsrat von Vertretern der anderen Richtung persönliches, politisches Spitzeltum unterstellt wird. Unter diesen Verhältnissen sind wir gezwungen, jedes gemeinschaftliche Zusammenarbeiten in den Vollversammlungen und im Vollzugsrat abzulehnen."

Infolge dieses Beschlusses nehmen die Mitglieder der S. P. D. weder an der zum heutigen Donnerstag einberufenen Versammlung der kommunalen Arbeiterräte, noch an der am Sonnabend anberaumten Vollversammlung aller Arbeiterräte teil. Unsere Parteigenossen werden am Sonnabend selbst eine Vollversammlung einberufen.

Nach einem Vortrage des Genossen Heinig über wirtschaftliche Aufgaben wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Arbeiterräte der S. P. D. werden aufgefordert, unverzüglich mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung in Verhandlung zu treten, damit von den für die **Wiederherstellungsarbeiten** in Belgien und Nordfrankreich zu leistenden industriellen Vorarbeiten (Eisenkonstruktion, Halbfabrikate usw.) ein entsprechender Teil auf die **Berliner Industrie** umgelegt wird. Es ist aber dafür Sorge zu tragen, daß dabei, sowie bei den Aufbauarbeiten selbst die schweren Fehler der Kriegsorganisation vermieden werden."

Die Beamten und die Haltung der Regierung.

Weimar, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der Staatenausschuß hat heute einem Gesetz zugestimmt, das sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort ihren Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

Grundwechselsteuerberatung in Weimar.

In der Sitzung der Grundsteuerwechselkommission wurde § 2, der den Grundstücken beim Eigentumswechsel Berechtigungen gleichstellt, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts gelten (mit Ausnahme der unbeweglichen Bergwerksanteile), ohne Debatte angenommen.

Weiter wurde der demokratische Antrag auf Steuerbefreiung der gemeinnützigen Gesellschaften einstimmig angenommen.

Ein deutschnationaler Abänderungsantrag, der sämtliche mit dem Grunderwerb in Zusammenhang stehenden Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten steuerfrei lassen wollte, wurde zurückgezogen.

Ein demokratischer Antrag, der die Steuer auf Antrag auf die Hälfte herabmäßigen will, wenn es sich um minderbemittelte Erwerber und bebaute Objekte von nicht mehr als 20 000 M. und unbebaute von nicht mehr als 5000 M. handelt, wurde angenommen und die Sitzung auf Mittwoch nachmittag 8 Uhr vertagt.

Siedlungsfragen im Haushaltausschuß.

Der Haushaltausschuß behandelte heute zunächst einen Antrag zum Siedlungsgesetz, der während der Revolutionszeit vertriebene Pächter wieder in die Pachtung zurückführen soll, andererseits aber die Kündigung von Pachtland nur aus ganz wichtigen Gründen zulassen will. Die alsbaldige Vorbereitung eines Gesetzentwurfs im Sinne des Antrages wurde zugesagt. In der Erwartung, daß bis zur dritten Lesung des Siedlungsgesetzes darüber eine nähere Erklärung gegeben wird, wurde der Antrag zurückgezogen und sodann eine dieselbe Sache betreffende Resolution angenommen. Nach längerer Beratung wird weiter beschlossen, auch verpachtetes Domänenland nötigenfalls zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen. Die wiederholt aufgenommene Erörterung über die Finanzierung der Siedlungsunternehmen wurde abgebrochen und die Vorlage über Kleingarten- und Kleinpachtland in Beratung genommen. § 1 wurde gefaßt: Zum Zwecke nichtgewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung dürfen Grundstücke nicht zu höheren als den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verkauft werden. Die Festsetzung der Preise erfolgt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und des Ertragwertes der Grundstücke nach Anhörung von landwirtschaftlichen kleingärtnerischen Sachverständigen. Die Höhe des Pachtpreises darf den Ertragswert nicht übersteigen. Die weiteren Paragraphen werden angenommen. Damit ist die Beratung des Entwurfs beendet.

Der Fall Manheim in der französischen Presse

Versailles, 16. Juli. Die Pariser Abendblätter beschäftigen sich täglich mit dem Fall Manheim. Sie sagen einmütig, daß die alldeutschen Blätter seit Wochen nicht aufgehört hätten, gegen jede Wahrheit fortgesetzt zu behaupten, die französischen Militärs in Berlin hätten eine aufreizende Haltung eingenommen. „Temps" behauptet, einzelne deutsche militärische Chefs hätten aggressive Reden gegen die Franzosen gehalten, und es sei leicht vorauszusehen gewesen, daß diese Aufreizungen schließlich zu Blutvergießen führen müssen. „Temps" hebt besonders hervor, daß der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Freiherr von Lersner in einer eigenhändig unterschriebenen Note am 14. Juli der französischen Regierung **das aufrichtige Bedauern der deutschen Regierung über den Vorfall ausgesprochen und Wiedergutmachung angeboten habe.** Nach einem Abendblatt soll Marschall Foch verlangt haben, daß Sergeant Manheim mit militärischen Ehren beigesetzt werde. Besonders heftig besprochen „Intransigeant" und „Liberté" den Zwischenfall. Jenes Blatt sagt, es sei notwendig, daß die Regierung in Berlin das deutsche Volk davon verständige, daß im Falle sich derartige Vorfälle sich wiederholten, das ganze Land für das Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. Auch der Emser Zwischenfall wird von „Intransigeant" mit den Berliner Vorfällen in Beziehung gebracht. Nach ihm soll auch eine deutsche Frau auf einen französischen Telegraphisten geschossen und ihn verwundet haben.

Budapester Zustände.

Die Budapester „Volksstimme" berichtet: Der Kriminalabteilung der Roten Wache sind in der letzten Zeit zahlreiche Anzeigen zugekommen, daß auf dem Teleki-Platz mit Gold-, Juwelen- und Kleiderwaren der unerhörteste Schleichhandel getrieben werde. Ein Brautpaar mußte zwei Eheringe, die höchstens 16 bis 18 Kronen kosteten, für 1600 Kronen erstehen. Eine getragene Hose wird für 1000 bis 1500 Kronen, ein Hemd um 300 bis 400 Kronen und eine Bluse zum Preise von 500 Kronen angeboten. Um diesen Mißbräuchen zu steuern, ließ die Rote Wache alle dort befindlichen Personen in das Schubhaus bringen. Diejenigen, die sich gehörig legitimieren konnten, wurden sofort entlassen, vier Händler wurden in Verwahrung genommen, drei dem Arbeitsamt überwiesen und gegen vierzehn Händler das Uebertretungsverfahren eingeleitet.

Amtlich wird in Budapest mitgeteilt: Das Interesse des Proletariats ist die zentrale Beschaffung der Lebensmittel. Die Beschaffung der Ernährung und deren entsprechende Verteilung erfordert die Einstellung der individuellen Warenbeschaffung (Rucksackverkehr). Hierzu bedarf es einer solchen bewaffneten Assistenz, die aus selbstbewußten, energischen und unnahbaren Arbeitern besteht. Das Amt für öffentliche Versorgung gemeinsam mit dem Budapester Stadtkommando fordert die Arbeiterräte der Fabriken auf, aus den Fabriksarbeiterbataillonen für diese Aufgabe geeignete Genossen zu bezeichnen.

„Einem Wunsche der Arbeiterschaft entsprechend," wird ein alkoholhaltiges Erfrischungsgetränk in Verkehr gebracht. Es enthält drei Deziliter Wein und sieben Deziliter kohlensäurehaltiges Wasser. Der Einkaufspreis für den Konsumenten beträgt 54 Heller der Deziliter. Täglich werden etwa 70 000 Flaschen in Verkehr gebracht, so daß sich der tägliche Weinverbrauch auf 150 bis 200 Hektoliter belaufen dürfte. Die Menge des durch den einzelnen kaufbaren Getränkes ist nicht kontingentiert; jedermann kann in beliebiger Menge davon erhalten, er hat nur Flaschen in entsprechender Anzahl beizustellen.

Das alles liest sich freilich anders, als die Regierungstelegramme, mit denen Budapest alle Welt beglückt.

Der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung nahm heute zuerst Kenntnis von dem Schreiben des Abg. Dr. Rosenfeld, durch das dieser den Austritt der Unabhängigen aus dem Ausschuß mitteilt. Die Darstellung des Abg. Dr. Rosenfeld verschweigt vollständig, daß der Ausschuß zur Aenderung seines ursprünglichen Plans der Zeugenvernehmung durch die überraschende Mitteilung des Reichswehrministeriums gezwungen wurde, daß Eichhorns Freigeleit mit Ende der vergangenen Woche ablief. Der Ausschuß beschloß, das Schreiben einfach zu den Akten zu legen.

Hierauf wurde mit dem Zeugenverhör fortgefahren. Polizeimajor Hentschke bekundete, daß nach der Wiedereinnahme des Polizeipräsidiums dort auch eine Menge Gewehre, Handgranatenzünder, Karabiner und Pistolen vorgefunden worden sind. Polizeirat Aprott gab an, daß aus dem Dispositionsfonds für die politische Polizei, trotzdem diese aufgegeben war, von Eichhorn wiederholt Beträge entnommen worden sind, darunter einmal 2000 M., die an seine Frau gezahlt werden mußten. Der Betrag wurde auf

gebieterischen Befehl Eichhorns aus der Hauptkasse angewiesen

und später aus dem politischen Geheimfonds gedeckt. Kasseninspektor Heinrich Reh bekundete, daß die

Kassenwirtschaft unter Eichhorn überaus unordentlich

war. An die von Eichhorn ebenwidrig angestellten Dezernenten und Beiräte sind 267 000 M. ohne genügende Belege ausgezahlt worden. Vom Polizeipräsidium beschlagnahmte etwa 400 000 Zigarren und

170 geräucherte Schweineschinken sind spurlos verschwunden.

Von einer aus Rumänien eingetroffenen großen Geldsendung sind auf dem Schlesischen Bahnhof durch Eichhorns Sicherheitsmannschaften 5—6 Millionen Mark geraubt worden.

Zum Schluß wurde der angebliche Spitzel Kellner Alfred Roland auf seinen eigenen Wunsch vernommen. Er bestreitet entschieden, jemals als Agent provokatorisch tätig gewesen zu sein. Er hat als Ordonnanz der Kommandantur täglich 11 M. Löhnung bekommen, sonst nie einen Pfennig. Vor Gericht ist er als Zeuge nicht erschienen, weil die „Freiheit" seine volle Adresse mitgeteilt hat und er sich seines Lebens vor den Unabhängigen nicht sicher fühlt.

Die weitere Zeugenvernehmung wird der Ausschuß nach den Ferien vornehmen.

Hochverratsprozeß gegen Toller.

Toller verurteilt.

Nach den Verteidigern Anton Gänßler und **Kaufmann** sprach gestern in später Abendstunde noch der dritte Verteidiger Rechtsanwalt und Abgeordneter **Haase**. Die Persönlichkeit **des Angeklagten** sei eine ungewöhnliche. Sämtliche Strafrechtslehrer seien sich einig, daß Revolutionen rechtzerstörend wirken. Die Verordnungen der Volksbeauftragten vom November seien von allen Gerichten anerkannt worden. Schon bei Eintritt des Waffenstillstands war man sich im Kabinett einig, daß Belagerungszustand und Kriegszustand durch die Revolution ohne weiteres beseitigt seien. Bei zwei Gelegenheiten habe das Kabinett sich mit der Aufhebung des Hochverratsparagraphen beschäftigt. Man wäre entsprechend der Auffassung Landsbergs der Meinung, daß dieser Paragraph de facto beseitigt sei. Zwar habe diese Auffassung des Kabinetts für das Gericht keine autoritative Bedeutung, aber es müsse doch verlangt werden, daß das Gericht die Frage ernstlich prüfe. Im Falle Ledebour habe man in Uebereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt auch von der Erhebung der Anklage wegen Hochverrats abgesehen. Das allgemeine Empfinden lehne sich dagegen auf, daß jedermann ins Zuchthaus oder aufs Schafott geschickt werde wegen Hochverrat gegen diejenigen, die

selbst durch Hochverrat

an die Regierung gekommen sind. Es sei ein Widerspruch in sich selbst, daß die Revolutionäre von heute einen Hochverrat nicht gegen die Revolutionäre von gestern einleiten können. Falsch sei es, die Revolution als einmaligen Akt zu betrachten. Revolutionen seien Prozesse, die sich fortentwickeln. Es müsse abgewartet werden, welchen Fortgang die Entwicklung nehme, deshalb müsse man abwarten, bis sich die Verhältnisse konsolidiert haben, ehe man ein neues Recht zum Schutze des neuen Staatsbildes schaffe. Der Angeklagte Toller habe sich an den Vorbereitungen der Räterepublik nicht beteiligt, er habe dasselbe getan, was die höchsten Staatsträger im November taten, Hindenburg, Hintze, Groener, indem sie sich auf den Boden der Tatsachen stellten. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, daß sich Toller auf dem Sozialistenkongreß in Bern als ein durchaus reifer Politiker erwiesen habe. Er habe sich eben seit 1917 entwickelt. Prof. Weber sei im Wahlkampfe derselbe Vorwurf, den er jetzt gegen Toller erhebe, gemacht worden, daß „Gott ihn aus Strafe zum Politiker gemacht habe". Wenn irgend ein Zweifel bestehe, ob der Angeklagte innerlich durchdrungen war, gegen die rechtmäßige Regierung vorgegangen zu sein, dann müsse auch schon aus objektiven Gründen Freisprechung erfolgen. Der Verteidiger führt dann an, daß außer namhaften deutschen Dichtern und Schriftstellern sich auch Romain Rolland und ein Kongreß französischer Studenten für Toller ausgesprochen haben. Es sei eine engherzige Auffassung, von einem Landfremden zu sprechen, wenn Toller aus einem anderen Gliedstaate gekommen sei. Toller hat sich sogar als Kriegsfreiwilliger in Bayern gestellt und bei bayerischen Truppen gekämpft. Der Angeklagte würde eine solche Strafe, wie sie der Staatsanwalt beantragt habe, nicht verbüßen. **Andere politische Zustände werden für Beseitigung derartiger Urteile sorgen.** — Es wurde darauf in später Abendstunde die Verhandlung auf Mittwoch früh vertagt. — Nach kurzen Erwiderungen des Staatsanwalts und der Verteidiger erhielt der Angeklagte **Toller** heute vormittag das letzte Wort.

Er hebt zunächst hervor, daß der Staatsanwalt mit Recht betont habe, daß er es von sich werfe, für sich irgendwelche psychologische Momente zu seinen Gunsten gelten zu lassen. Nach der Bekundung des Sachverständigen Dr. Marcuse, der ihn 5 Monate in seinem Sanatorium in Ebenhausen zu beobachten Gelegenheit gehabt habe, stehe fest, daß er weder eine psychopatische noch hysterische Persönlichkeit sei, die milder behandelt zu werden verdiente. Er beanspruche, daß das Gericht ihn für alle seine Handlungen voll verantwortlich mache, da er sie mit aller Ueberlegung begangen habe. Er würde sich nicht Revolutionär nennen, wenn er sagen wollte, daß er niemals Gewalt anzuwenden gedenke. Wenn die Zustände nicht mehr zu ertragen seien, dann hätten die Revolutionäre

das Recht, sie umzustoßen.

Von seinem Standpunkt aus könne man nicht verlangen, daß er von einem Standgericht

Gnade erbitte.

Man solle nicht glauben, daß man damit, daß man Standgerichte einsetze, daß man einige Führer ins Gefängnis werfe oder erschieße, diese gewaltige Bewegung eindämmen könne, das wäre Unterschätzung der Massenbewegung und eine Ueberschätzung von unseren Führern. Das werktätige Volk wird nicht haltmachen, bevor nicht die vollständige Sozialisierung, die allein das Elend beseitigen kann, durchgeführt ist. Diese Bewegung wird nicht haltmachen vor dem Völkerbund von Versailles. Man müsse es ihm überlassen, von seinem Standpunkt aus das Urteil eines Standgerichts nicht als Urteil des Rechts, sondern als Urteil der Macht hinzunehmen.

Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Nachdem das Gericht einen Antrag des Staatsanwalts auf Wiedereintritt in die Beweisaufnahme, da sich bei ihm einige neue Zeugen gemeldet haben, abgelehnt hat, verkündet der Vorsitzende:

Das Standgericht hat im Namen des Volksstaats Bayern einstimmig folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte Ernst Toller wird wegen **eines Verbrechens des Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft** und zur Tragung der Kosten verurteilt.

In der Begründung führte der **Vorsitzende** aus: Der Kriegszustand sei in Bayern auf Grund eigener Hoheitsrechte verhängt worden und bestehe noch zu recht. Der Aufruf der Volksbeauftragten habe auf bayerische Verhältnisse keinen Einfluß gehabt. Das Standrechtliche Gericht sei zuständig. Bei Ausrufung der Räterepublik bestand von vornherein die Absicht, jedem Widerstand gegen die Räterepublik mit Gewalt entgegenzutreten. Der Angeklagte leitete die Maßnahmen der Roten Armee und gab als erster die Erklärung ab, daß die Truppen bei Dachau entschlossen seien,

bis zum letzten Blutstropfen

zu kämpfen. Die Regierung Hoffmann hatte wohl die Herrschaft in München damals, aber nicht über Bayern verloren. Als Vorsitzender des Zentralrats und Führer der Roten Armee suchte der Angeklagte die Ziele der Räterepublik in Bayern zu verwirklichen. Er ist für seine Handlungen voll verantwortlich. Es konnte nicht festgestellt werden, daß seine Handlungen ehrloser Gesinnung entsprungen sind, daher hat das Gericht ihm mildernde Umstände zugebilligt. Als straferschwerend erschienen die unheilvollen Folgen seiner Tätigkeit und die Leichtfertigkeit, mit der der Angeklagte trotz mangelnder Lebenserfahrung sich an die Spitze stellte.

Gewerkschaftsbewegung

Aufruf an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Anläßlich der vom internationalen Proletariat am Montag, den 21. Juli, zu veranstaltenden Demonstration gegen den kapitalistisch-imperialistischen Gewaltfrieden rufen wir das Proletariat Groß-Berlins auf, sich an den von den sozialistischen Parteien zu veranstaltenden Demonstrationen zu beteiligen und sie zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten.

Gegen den Gewaltfrieden!
Für Völkerfreiheit und Sozialismus!

Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Drohender Streik in der Reichsdruckerei.

Eine von sämtlichen Angehörigen der Reichsdruckerei gestellte Forderung an die Regierung, die ihrem Arbeiterrat volles Mitbestimmungsrecht in Personalangelegenheiten und Verfügungen einräumt sowie die Forderung einer einmaligen Entschuldungssumme von 600 M., steigend bis 900 M., ist trotz wiederholter Vorstellungen bei der zuständigen Regierungsstelle erfolglos geblieben und auf unabsehbare Zeit verschoben worden. Aus diesem Grunde ist am Dienstag nach Abstimmung in allen Betriebsräumen der Reichsdruckerei der Regierung ein **Ultimatum** gestellt worden, wonach bis zum Freitag ein endgültiger zusagender Bescheid erwartet wird, andernfalls am Sonnabend in den Streik getreten wird.

Der Grund für diese starke Neigung zum Streiken bei dem sonst diensteifrigen Personal ist in den schlechten Gehältern und Löhnen zu finden, die während des Krieges gezahlt wurden, und wodurch die meisten in erhebliche Wirtschaftsschulden geraten sind. Außerdem auch in dem Uebergehen des Arbeiterrats bei wichtigen Verfügungen der Direktion.

Es wäre gut und zu wünschen, wenn man an maßgebender Stelle Einsicht für die Forderungen der Angehörigen der Reichsdruckerei besäße und diesen soweit wie möglich entgegenkommt, damit ein Streik vermieden wird.

Neuköllner Gemeindearbeiterbewegung.

In der Neuköllner Lokalpresse und im „Berliner Lokal-Anzeiger" sind Artikel gegen die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter Neuköllns erschienen, die uns veranlassen, einiges darauf zu erwidern: „Die Magistrate Groß-Berlins arbeiten, wenn es sich um Lohnforderungen der Arbeiter handelt, sehr langsam. So war z. B. der Lohntarif, welcher am 1. Juli bereits abgelaufen war, an diesem Tage noch nicht einmal überall zur Durchführung gelangt. Um nun die Sache nicht wieder so ins Endlose hinaus schieben zu lassen, stellten die Arbeiter Neuköllns den Antrag, mit der Stadtverwaltung in Sonderverhandlung einzutreten. In einer Verhandlung, die eine Kommission der Arbeitnehmer mit der Lohndeputation hatte, wurde ohne Widerspruch der Deputationsmitglieder vom Verbandsvertreter Prenzlow festgestellt, daß auf Grund der Teuerung der Lebensbedürfnisse und anderer Bedürfnisse niemand die Berechtigung der Lohnforderung bestreitet, nur ein bürgerlicher Herr mit weißen Bart meinte: „Ein Fünftel vom Lohn müsse doch wohl für Wohnungsmiete sein und die Arbeiter sollten sich nicht gegen eine Erhöhung der Miete wenden, da sie diese Höhe noch nicht erreicht hat."

In einer sofort darauf abgehaltenen Arbeiterausschußsitzung, an welcher der Magistrat und Mitglieder beider sozialdemokratischen Richtungen teilnahmen (die Bürgerlichen glänzten durch Abwesenheit), wurde beschlossen, bis zur tariflichen Regelung und Festsetzung höherer Lohnsätze in Groß-Berlin den Arbeitern Neuköllns als Vorschuß 25 M. pro Woche zu zahlen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter."

Teuerungszulagen für Handelsarbeiter.

Der im März d. Js. zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, und dem Arbeitgeber-Verband im Einzelhandel abgeschlossene Kollektivvertrag sieht für die im Vertrag festgelegten Lohnsätze eine sechswöchige Kündigungsfrist vor.

Eine Vertrauensmännerkonferenz hat sich mit der Kündigung des Lohnvertrages beschäftigt und kam nach eingehender Erörterung der Frage zu dem Beschluß, dem Arbeitgeberverband mitzuteilen, daß neben den im Vertrag vorgesehenen Lohnsätzen eine Teuerungszulage für erwachsene Männliche von 20 M. pro Woche und für jugendliche Arbeiter von 15 M. pro Woche gewährt werden möge. Die Löhne der Arbeiterinnen sollen 20 bezw. 25 Proz. weniger betragen.

In einer Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband hat sich derselbe bereit erklärt, nachstehende monatliche Teuerungszulagen, rückwirkend ab 15. Juni, zu gewähren:

Arbeiter: Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr 40 M., Unverheiratete 55 M., Verheiratete ohne Kinder unter 18 Jahren 65 M., Verheiratete mit Kindern unter 18 Jahren 80 M.

Arbeiterinnen: Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr 30 M., vom 21. Jahre an 45 M., alleinstehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahre 65 M.

Diese Zahlungen sind monatliche. Wünscht die Mehrzahl des Arbeiterausschusses halbmonatliche Zahlungen, so soll diesem Wunsche entsprochen werden. Die Auszahlung muß in jedem Betriebe einheitlich erfolgen. Die Teuerungszulagen haben Geltung bis zum 30. September 1919.

In allen Geschäften, in denen der tarifmäßige Lohn sowie Teuerungszulage noch nicht gezahlt wird, wenden sich die Kollegen an den Branchenleiter Kollegen F. Pollmeier, Transportarbeiterverband, Gewerkschaftshaus, Zimmer 33. Ferner erhalten die Kollegen in der am Freitag, abends 7 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, stattfindenden Branchenversammlung genaue Auskunft über die vereinbarten Lohnsätze.

Verband der Bureauangestellten. Versammlung der jugendlichen Angestellten aller Branchen am Freitag, den 18. Juli, abends 7½ Uhr, im „Englischen Hof", Alexanderstr. 27c: Vortrag, Diskussion, Geschäftliches, gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen.

Verantwortlich für Politik: **Artur Zickler**, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Anzeigen: **Theodor Glocke**, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Spezialarzt Dr. Haedicke
Friedrichstr. 187/88
(an der Mohrenstraße).
Sprechzeit: 11–1, 3–7, Tel.* Sonntags: 11–1

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß. Brunnenstr. 76.

Zahn-Atelier Lorenz Fischer.
Neanderstr. 30, T.: Mpzlz. 14344. Spezialität f. feinsten Zahnersatz.

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flechte, Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

tressor Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit 20 Jahren viel tausendf. bewährt. Spezialmittel beseitigt. M. 5.00. Zur gleichzeitig. inneren Kur Reichels Salterin-Blutreinigungspulver Sch. 2.50. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

Sanitätsrat **Dr. Wegscheider's Brusttee u. Tropfen** nach Original-Vorschrift gegen Husten und Lungenleiden in Paketen zu 4.50 und 7.50 Mk. **Elefanten-Apotheke** Berlin, Leipziger Str. 74, Dönhoffplatz.

Hautjucken! bes. in d. Bettwärme zu lästig, Kratzen reizend, rote Punkte, klarwässerige Bläschen, Krätze heilt völlig Apoth. Schanz Hautausschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erforderl.) M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 37. 55/17*

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10–1, 5–8. Sonnt. 10–1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12–2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½9–1 Uhr (im verschlossenen Brief 1.25 Mk.).

Heil-Institut Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10–12, 5–7, Sonnt. geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9–1, 4–8.
Harn- u. Blutuntersuchg. Licht- u. Finsen-Behandl.

Künstliche Zähne mit echtem Friedens-Kautschuk
Spezialität Zähne ohne Gaumenplatte
Plomben v. 2 M. an, Kronen v. 20 M. an
Schmerzloses Zahnziehen □ Umarbeitung alter Gebisse
Reparaturen □ Munduntersuchung □ Rat kostenlos
Billige Preise, event. Teilzahlung
Zahn-Praxis M. Löser, Brunenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße
Sprechzeit: 9–1 u. 3–7, Sonntags 9–12. Tel.: Norden 9283

Zähne mit echtem Friedenskautschuk 5 Mark.
5 Jahre Garantie. — Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung u. Gebissen gratis. Goldkronen u. 30 M. an.
Spezialität: Zähne ohne Gaumenplatte.
Zahnpraxis Hatvani,
Danziger Straße, Ecke Schönhauser Allee.

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser, Harn- und Blutuntersuchungen. Elektrische und medizinische Bäder.
Dir.: Löser senior Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

Nur noch bis Sonnabend, 19. Juli, täglich
zahle ich ausnahmsweise hohe Preise für
Alte Gebisse pro Zahn bis **M. 8.00**
(auch für gänzlich zerbrochene alte Teile).
Gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0,80 bis 1,50, Platin-Stift-Zahn M. 2,– bis 3,–, Platin-Platten-Zahn M. 4,– bis 8,–.
Für Gold-Platin-Gebisse höchste Tagespreise.
Hotel Grüner Baum, Berlin w Krausenstr. 56/58
Zimmer 1. Frau Vogler. 9/18*

! Hautjucken (Krätze) wirksames Spezialmittel
1 Pers. 7,50 M., 2 Pers. 14 M.
Apotheker Lauensteins Vers.
Spremberg L. 44.

Tätowierung entfernt Dr. Schlüsemann Spezialarzt f. Hautleiden, Berlin S. Oranienstr. 139. Spr. 10–2, 5–7, Stg. 10–12

+ Frauen +
Hygien. Gummiwarenhaus von Frau Anna Hein, fr. Oberhebamme a. d. geburtshilfl. Klinik d. kgl. Charité Berlin, ältestes Spezialgeschäft f. sämtl. Frauen-Bedarfsartikel. Irrigatoren, Leibbinden, Menstrualbinden, Gummistrümpfe, Gummisauger in bekannter Qualität u. soliden Preisen. Sprechzeit 10–5. Frau Anna Hein, Berlin 100, Potsdamer Str. 106a. 10072*

Professor Dr. Hebra's Sommersprossen-Cream nach Original-Rezept. 1000fach bewährt. In Töpfen à M. 4.50. Elefanten-Apotheke Berlin 123, SW 19 Leipziger Str. 74 140/90*

Ankauf von guten Antiquitäten ALTKUNST G. m. b. H. Wilhelmstr. 40a.

Ankauf von Juwelen zum heutigen hohen Kurs Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Klavier evtl. Flügel u. Harmonium kauft Schachtschneider, Buckower Straße 14, III, (Preisangabe).

Versteigerung von Heereskraftwagen.
Am **Freitag, den 25. Juli 1919,** und eventuell am folgenden Tage findet bei dem Reichsverwertungsamt, Verkaufsabteilung für Automobilwesen, Filiale Elbing, auf dem Gelände der Kaserne des Inf.-Regts. 148 in Elbing, vormittags 9 Uhr beginnend, eine
öffentliche Versteigerung
von ca. 26 Personenwagen, ca. 13 Lastwagen, ca. 34 Krankenwagen, 3 Fahrgestellen, 2 Schienenwagen, ca. 38 Lastwagenanhängern, ca. 24 Motoren, diversen Magneten, Scheinwerfern, Entwicklern und Zubehörteilen statt.
Verzeichnis der Versteigerungsobjekte nebst Einzelheiten über die Versteigerungsbestimmungen sind vom 17. Juli ab in der Vaubilfiliale Elbing zu erhalten.
Die Zahlung muß sofort erfolgen. Kriegsanleihe wird zum Nennwert in Zahlung genommen (4½% Schatzanweisungen der IV. und V. Kriegsanleihe zu 96½%), jedoch muß Nachweis der Selbstzeichnung mitgeliefert werden.
Die Objekte können am 23. und 24. Juli, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr gegen Hinterlegung einer Bietekaution von 500 Mark in bar pro Person auf dem Versteigerungsgelände besichtigt werden.
Ohne Hinterlegung der Bietekaution darf das Gelände der Filiale an den Besichtigungstagen, sowie während des Versteigerungstages nicht betreten werden.
Der Betrieb irgend welcher Geschäfte oder das Feilbieten irgend welcher Gegenstände auf dem Versteigerungsgelände ist nicht gestattet. 4000

Feuriger Süßwein **Santa Lucia** Feuriger Süßwein
käuflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
Norden 6822. Grosso-Vertrieb, Bergstr. 34.

Gasthaus „Reußischer Hof" in Gera-Reuß,
enthaltend Gast- und Gesellschaftszimmer, großen Tanzsaal, Speisesaal, Kegelbahn, Stallung und 11 Wohnungen, Sitz verschiedener Vereine, soll unter günstigen Bedingungen verkauft werden.
Auskunft erteilt 10/19*
Geraer Aktienbierbrauerei zu Tinz bei Gera-Reuß.

Meine großen Möbel-Läger mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 9 u. Nr. 186 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8–6

Dauerwäsche!
4fach imprägniert, von Leinenwäsche nicht zu unterschreiden, empfiehlt H. Heymann, Berlin, Charlottenstr. 37, Ecke Unter den Linden. 180/1*

Bekanntmachung

betreffend zehnte Fettverteilung vom 21. bis 27. Juli 1919.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 10. Oktober 1916 und der §§ 17, 18, 29, 30, 32, 35 und 39 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (R.G.Bl. S. 735) und den Verordnungen der Fettstelle Groß-Berlin vom 20. Dezember 1916 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten und über die Anmeldung des Speisefettbezugs wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:

1. Auf den Abschnitt E 10 der Einfuhr-Zusatzkarte entfallen

50 Gramm Margarine.

2. Der Kleinhandelspreis für 50 Gramm Margarine beträgt

28 Pfennige.

3. Die Margarine ist in den zum Speisefettverkauf im Bezirke der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandelsgeschäften **gegen Abgabe der beiden Abschnitte der Einfuhr-Zusatzkarte** unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in der Woche vom

Montag, den 21. Juli, bis Sonntag, den 27. Juli 1919,

in Empfang zu nehmen.

Die Margarine ist in dem Kleinhandelsgeschäft in Empfang zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefettbezuge eingetragen ist.

Reisende und Schiffer erhalten die Margarine ebenfalls.

4. Die Kleinhändler haben die von ihnen für die Margarine angenommenen Abschnitte, getrennt gebündelt, zusammen mit den Speisefettkartenabschnitten am Montag, den 28. Juli, an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.

5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 35 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1916 (R.G.Bl. S. 735), sofern nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft.

Berlin, den 12. Juli 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Butter).
Wermuth.

Tgb. Nr. 5480 Fbu.

Nacktheit – Schönheit
Behördlich freigegeben. 20 Tiefdruck-Kunstpostkarten, sort. M. 2.50. 100 Stück 10,–. Bromsilber-Photokarten, hochkünstlerisch Mk. 5,–. Porto extra. Voreinsendg. od. Nachn. 120Z* O. Fischer, Abt. R. Berlin-Halensee.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in **Zivil** umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 8 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 8 Tagen gefärbt.
Original-Englische Stoff-Auswahl.
Trauersachen in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 53 I.

Steuer- und Bevölkerungspolitik

Von E. Mosbacher.

Der vorliegende Steuerentwurf ist von dem Bestreben getragen, entsprechend der Idee des sozialen Rechtes die Lasten auf die tragfähigsten Schultern abzuwälzen. Ob ihm das restlos gelungen ist, mag dahingestellt sein. Aber anscheinend fehlt in dem Entwurf eine tiefere Berücksichtigung der so überaus notwendigen Bevölkerungspolitik im Sinne einer Erhöhung des Bevölkerungsauftriebs. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß der schon herrschende Geburtenrückgang immer weiter um sich greift. Letzten Endes ist die Ursache die verschlechterte wirtschaftliche Lage.

Das Mittel, dessen sich die Bevölkerung bedient, um die Zahl der Geburten auf einem niedrigen Niveau zu halten, ist der sogenannte Präventivverkehr, der den Uebergang vom naiven Fortpflanzungstypus, der darin besteht, daß die Paare soviel Kinder kommen lassen, als immer nur wollen, zum rationellen Fortpflanzungstypus ermöglicht; der letztere zeichnet sich dadurch aus, daß die Zahl der Kinder willkürlich beschränkt wird.

Die große Bedeutung des Präventivverkehrs im Völkerleben und Völkersterben hat der bekannte Sozialhygieniker Professor Dr. Grotjahn in seinem ausgezeichneten Buche über Geburtenrückgang und Geburtenregelung hervorgehoben.

Der Verkehr mit Präventivmitteln wurde in Deutschland schon vor dem Kriege im großen Maßstabe angewendet und hat sich während des Krieges auf immer weitere Bevölkerungsschichten ausgedehnt. Es ist zu befürchten, daß er sich, wenn nicht eingreifende Maßnahmen getroffen werden, zu einem langsamen, aber sicheren Selbstmord auswächst. Den Präventivverkehr mit irgendwelchen polizeilichen Maßnahmen bekämpfen zu wollen, wäre geradezu lächerlich. Die üblichen Mittel sind derartig verbreitet und derartig leicht zugänglich, daß es unmöglich ist, sie wieder zu beseitigen. In bezug auf eines der gebräuchlichsten Präventivmittel wäre dieses Vorgehen vom ärztlichen Standpunkt aufs schärfste zu verurteilen, zumal es eines unserer wichtigsten Kampfmittel gegen die Geschlechtskrankheiten ist.

Sache des Staates ist es also, wieder für einen größeren Bevölkerungsaufrieb Sorge zu tragen. Es liegt nicht im Interesse der Gesellschaft, daß in einer Ehe möglichst viele Kinder erzeugt werden, von denen die Hälfte oder noch mehr nicht aufgezogen werden können. Es muß vor allem verhindert werden, daß kranke Eltern überhaupt Kinder in die Welt setzen, die nur eine Last bedeuten. Professor Grotjahn hat in dem obengenannten Buche, das allerdings schon im Jahre 1914 geschrieben wurde, eindringlich darauf hingewiesen, daß es vollkommen verkehrt ist, wenn man annimmt, daß zur Erhaltung der Bevölkerungsziffer von einem Ehepaare nur 2 Kinder zu stammen brauchen. Auf Grund einer Berechnung kommt er zu dem Ergebnis, daß aus jeder Ehe 3 Kinder mindestens hervorgehen müssen. Wenn wir vorläufig an dieser Zahl festhalten, so wäre dieser Gedanke in der Steuerpolitik ungefähr folgendermaßen zu übertragen:

Das heiratsfähige Alter jedes Mannes könnte auf 26, das der Frau auf 24 angesetzt werden. Je ein Mann und je eine Frau sind verpflichtet, im Interesse der Gesellschaft innerhalb der folgenden 15 Jahre am zweckmäßigsten in Abständen von je 3 Jahren ein Kind — zusammen also 3 Kinder — dem Staate zu liefern und sie bis zum 5. Jahre aufzuziehen, so daß auf jede einzelne Person 1,5 Kind käme.

Von solchen Personen nun, die dieser Pflicht nicht nachkommen oder aus irgendwelchen Gründen nicht nachkommen können, ist jährlich von Einkommen und Vermögen eine besondere Steuer, die dem Kostenausfall, hervorgerufen durch den Mangel an Kindern, entsprechen würde, zu erheben. Die dadurch aufgebrachten Summen könnten

1. als Prämien für Eltern mit mehr als 3 Kindern,
2. für die Besserung der Lage unehelicher Kinder verwendet werden.

Es ist bei diesem Vorschlag nicht zu befürchten, daß eine Ueberbevölkerung Deutschlands eintreten würde, denn wir brauchen, da es uns auf lange Jahre hinaus an der notwendigen Vermehrung der maschinellen Produktionsmittel aus finanziellen Gründen fehlen wird, die Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte, zumal wenn das Problem der inneren Kolonisation einigermaßen genügend gelöst würde.

Bei dem überragenden politischen Einfluß, den das Proletariat einnimmt und einnehmen wird, ist nicht zu befürchten, daß der durch die Erhöhung der menschlichen Arbeitskräfte errungene Mehrwert in die Hände des Kapitalismus fließen wird.

Es wäre zu wünschen, daß sowohl in der Nationalversammlung wie in sämtlichen Landesversammlungen und Gemeindevertretungen das bevölkerungspolitische Moment bei den Steuerentwürfen eine größere Rolle spielt.

Keine Aufhebung der Todesstrafe.

Zensurfragen und Stellung des unehelichen Kindes.

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Dr. **Düringer** (Dnatl. Vp.): Die Behauptung, daß die Gelehrten, die Wissenschaft sich über die Frage einig seien, ist vollkommen unrichtig. Die Frage gehört nicht in die Verfassung, anscheinend sind die Anträge doch nur aus parteitaktischen Gründen gestellt worden. (Beifall rechts, Unruhe und Lärm links, Zuruf: Scharfrichter!)

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.): Der Antrag ist zweifellos von Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt. (Unruhe links.) Die Frage muß im Zusammenhang mit der

Reform des Strafrechts

gelöst werden. Der Fehler des heutigen Rechts ist, und er gibt den eigentlich einzigen Einwand, die Unteilbarkeit der Todesstrafe, daß neben ihr nicht noch wahlweise eine andere Strafe angeordnet wird. (Andauernder Lärm links. Der Präsident bittet um Ruhe.) In der heutigen Zeit ist, wie immer nach einem Kriege, die Kriminalität gestiegen, da kann der Staat gegen eine bestimmte Gattung von Verbrechern auf diese Macht nicht verzichten. (Sehr richtig rechts. Lärm links.)

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.): Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine

Kulturfrage allerersten Ranges.

Wir wollen Abwehr der Gewalt, Abwehr des Mordes, Schutz von Menschenleben gegen die Todesstrafe.

Abg. **Haußmann** (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen. Diejenigen haben nicht das Recht, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, die

fortgesetzt an die Gewalt appellieren

und die Handgranate für das beste Mittel erklären. (Lärm links.) In ruhiger Zeit mag das Volk darüber entscheiden als über eine Kulturfrage. So kann die Frage nur im Zusammenhang mit der schwebenden Reform des ganzen Strafrechts gelöst werden. (Beifall, bei der äußersten Linken Unruhe und Lärm.)

Abg. **Frau Toni Pfülf** (Soz.): Diese Frage darf nicht vom juristischen, sondern sie muß

vom reinen Menschlichkeitsstandpunkt aus

beurteilt werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Kölzsch** (Dnatl. Vp.): Die Juristen sind in ihrer Mehrzahl für Beibehaltung der Todesstrafe und die Theologen sagen: Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden. (Widerspruch und lärmende Zurufe bei den U. Soz.: Die zehn Gebote! Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!)

Damit schließt die Besprechung.

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.): Die Argumente, die hier Dr. Düringer vorgebracht hat, waren so mittelalterlich, daß ich unbedingt annehmen mußte, daß er aus einer altadligen Familie stamme. (Heiterkeit.)

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenthaltungen mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Artikel 117 spricht das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden, auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig."

Ein Antrag Ruschke und Gen. (Dem.) will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er nur gesetzliche Maßnahmen „zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz in Wort und Schrift und Bild sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Lichtspielen" zulassen will. Ein Antrag Agnes und Gen. (U. Soz.) will gleichfalls die Möglichkeit einer Filmzensur aufgehoben wissen.

Abg. Dr. Kölzsch (Dnatl Vp.) schildert die verheerenden Wirkungen der Schundliteratur in sittlicher und finanzieller Beziehung und spricht sich für den Ausschußantrag aus.

Abg. **Ruschke** (Dem.): Zur Bekämpfung der Entartungen der Lichtspiele nicht nur, sondern auch der Kabarette und gewisser großstädtischer Presseerzeugnisse, die zum Teil einen direkt pornographischen Charakter haben, reichen die bestehenden Gesetze vollkommen aus. (Beifall.)

Abg. **Könen** (U. Soz.): Die Zensur ist ein Ueberbleibsel aus dem Obrigkeitsstaat und darf auch nicht in der Form der Filmzensur wieder aufleben. Es handelt sich bei unserem Antrage um eine positive Maßregel im Interesse der Jugenderziehung, und wenn dieses Haus auch nur einen Funken von Verständnis für diese wichtige Frage hat, so muß es diesem Antrage zustimmen. (Beifall bei den U. Soz.)

Präsident **Fehrenbach**: Das ist eine Bemerkung, die ich für meinen Teil nicht ruhig hinnehmen kann, die ich vielmehr entschieden zurückweisen muß. (Lebhaftes Bravo.)

Regierungskommissar Dr. **Preuß**: Der Vorwurf des Abg. Könen, daß ich mich nicht gegen diesen Teil des Entwurfs gewendet habe, trifft mich nicht. Ich habe von vornherein erklärt, daß es sich empfehle, die Grundrechte in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Ich habe mich aber dagegen gewandt, daß der Entwurf noch

mit neuen Anträgen belastet

werden soll.

Abg. **Oberfahren** (Dnatl. Vp.): Der Menschheit ganzer Jammer faßt einen an, wenn man bedenkt, was dem deutschen Volke durch die Filmindustrie für seine Erholungsstunden geboten wird.

Ein unendlicher Strom von Schmutz ergießt sich aus den Kinos über unsere Jugend

und muß alles Anstandsgefühl vernichten.

Abg. **Cohn**: Wir verwerfen die Kinozensur, weil sie politisch ausgenutzt werden kann. Der Redner geht auf Einzelheiten ein und löst dadurch große Unzufriedenheit bei einem Teil des Hauses aus. Er wendet sich gegen den Abg. Haußmann, der ihm in mehrfachen Zwischenrufen Kürze in seiner Darstellung empfohlen hat. Wenn die Filmzensur überhaupt einen vernünftigen Zweck hat, dann ist es nur der Fall, wenn man mit ihr der Jugendbildung dienen will.

Abg. **Haußmann** (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen ist an sich vernünftig, aber in die Verfassung gehört er nicht. Die agitatorische Betätigung der Unabhängigen bedeutet einen Schaden für das ganze Gesetzgebungswerk. (Lebhafter Beifall. Lärmender Widerspruch der Unabhängigen.)

Ministerpräsident **Bauer**:

In der ihm eigentümlichen Art hat der Abg. Cohn mir Informationen vorgetragen, ohne sie nachzuprüfen. Seine Ausführungen über den

Korruptionsfonds des Ministerpräsidenten entbehren jeder Grundlage.

Der Ministerpräsident verfügt über einen Repräsentationsfonds von 500 000 M. Selbst der Abg. Cohn muß zugeben, daß er davon

nicht die Filmindustrie unterstützen

kann. Aus dem Hilfsleistungsfonds der Reichskanzlei wird lediglich eine Informationsstelle über den Film unterhalten, die monatlich 400 M. kostet. Auch mit diesen 400 M. ist eine Unterstützung der Filmindustrie schwer möglich. (Heiterkeit und Beifall.)

Erleuchtung.

15] Roman von Henri Barbusse.
Verdeutscht von Max Hochdorf.

Wir kehren heim. Dunkelheit ist rings um uns gespannt. Ganz um uns, aber auch ganz gegen uns. Nun muß jeder wiederum für sich allein in sein Zimmer gehen, in dem auch nur die Dunkelheit waltet. Dort, wo noch ein wenig Helligkeit auf das Mauerwerk fällt, präge ich mir noch einmal die Gestalt ein, die dahinschwebt in der Verhüllung des Kleides. Verhüllt ist sie von der Nacht, ihr Kleid ist aus Nacht gewoben. Nacht, immer nur Nacht. Es dröhnt mir in den Ohren, eine Hymne erfüllt das Weltall.

Niemand ist mehr auf der Straße. Sie hält sich am Rand des Bürgersteiges. Damit mein Gesicht mit dem ihrigen auf gleicher Höhe bleibe, gehe ich neben ihr durch den Rinnstein und das eisige Wasser dringt in meine Schuhe.

Und nun werde ich von einer tollen Begierde angespornt. So laut triumphiere ich über meine Gewißheit, daß ich gar nicht daran denke, der geliebten Frau auch nur die Hand zu reichen. Da wir vor ihrem Hause angelangt sind, sage ich ihr: „Auf morgen!" Sie antwortete mir: „Ja."

An einem darauffolgenden Tage habe ich einen freien Nachmittag und ich begebe mich zu dem weitläufigen, volkstümlichen Hause, in dem sie lebt. Ich steige die beiden düsteren Treppen hinauf, die zwischen einem engen Geländer einherlaufen, und von denen sich ein krummer Flur abzweigt. Dorten wohnt sie. Die Tür steht halb offen. Ich klopfe. Ich trete ein. Vollständige Regungslosigkeit empfängt mich. Niemand ist zu Hause. Mein Gebein wird von einer spitzigen Enttäuschung durchwühlt. Zögernd schreite ich in die Einöde des winzigen Vorplatzes, der von der durchsichtigen Küchentür sein Tageslicht empfängt. Dahinter raunt dann ein Wassergeräusch. Ich öffne noch eine andere Tür, und da sehe ich nun ein Zimmer, dessen Fenster mit hellen, gestickten Vorhängen geschmückt sind. Darinnen steht aber ein Bett mit einer blauen Seidendecke. Und die Farbe ist leuchtend, wie auf einem kraftigen Bilde. Das ist das Schlafzimmer Mariens. Ihr grauer Seidenhut, der mit einer Rose geschmückt ist, hängt auf einem Bügel, an der blumigen Tapete. Seitdem Maria in Trauer ist, trägt sie diesen Hut nicht mehr. Aber daneben hängen ihre schwarzen Kleider. Ich schleiche mich in diesen Mädchenschlupf, der jungblau und hell ist, und ordentlich und artig angelegt, wie die Gegenstände auf einem Bild, und in dem doch nur ein kaltes, schneeiges Licht hauset. Einem Diebe gleich strecke ich die Hand aus, ich untaste und berühre diese Kleider, die immer ihren Körper berühren dürfen, und ich wende mich wieder zu ihrem Bette, das blau bedeckt ist. Auf einem Brettlein stehen Bücher, deren Aufschriften mich neugierig machen. Woran denkt sie? Womit beschäftigt sich ihr Geist? Aber ich lasse das. Lieber zu dem Bette wiederum zurück! Und plötzlich bin ich toll und aufbebend und durchrüttelt und ich hebe die Bettdecke empor. Und meine Augen bleiben an dem Bette haften. Sie wollen hineindringen in die Bettstatt. Die Knie zittern mir, da sie sich auf den Rand dieses großen, leblosen Dinges stützen, das doch unter all den übrigen leblosen Dingen über ein eigenes, geschmeidiges und fügsames Lebensgerüste verfügt.

*

Mein Alltagsleben trottet weiter. Meine Arbeit ist ewig die gleiche. Ich muß jeden Tag von neuem das Biedermannsgeschwätze des alten Crillon einheimsen, und die Gewitterausbrüche des Schmieds Brisbille über mich ergehen lassen. Ich erfahre von den Geschäften, die Herr Pocard unternimmt und von dem Fortschritt der „Revanche". Das ist eine Gesellschaft zur Wiedererweckung des Nationalgefühls, und Herr Joseph Boneas hat sie begründet. So wie jeder Mann, werde auch ich von der nämlichen eintönigen und doch wieder verworrenen Lebensmaschinerie fortgeschleppt. Doch seit jener tragischen Nacht, da mein Schmerz in dem altersgrauen Todesraume zu Freude verwandelt wurde, sieht die Wirklichkeit der Welt nicht mehr so aus wie eben noch. Tauche ich in den Schwarm der Menschenmenge ein, dann scheinen mir die Dinge und die Wesen wesenlos und weit entrückt. Sie scheinen mir entrückt und wesenlos auch, wenn ich mich in meinem Zimmer ankleide und finde, daß das Schwarz mir gut steht, und wenn ich an meinem Tische vom Sonnenschein betroffen werde und wachend träume. Vor mir steigt in aller Klarheit die Erinnerung an meine Tante wieder auf. Manchmal höre ich, wie man den Namen Marias ausspricht. Mein Körper zittert, wenn ich diesen Namen höre. Maria sagen sie, und sie wissen nicht, was sie sagen. Es kommen Augenblicke, in denen alles zwischen uns aufschwingt und brennend ist, obwohl wir doch getrennt sind. Ich weiß nicht mehr, ist sie mir entrückt, ist sie an meiner Seite. — —

*

Dieser nächtliche Sommerspaziergang, der Sommer selber und die Sanftheit des Lebensgleitens, das legt sich schwerer als je auf meine Schultern.

Das weitläufige Gebäude, in dem Maria wohnt und das zu manchen Stunden von Leben übervoll ist, liegt manchmal ungeheuerlich verödet da. Die Leere starrt auf den düsteren Treppen und Fluren, von denen die geringen Wege zu den Wohnungsplätzen hinlaufen, und aus den Wasserröhren in den Winkeln tröpfelt es eintönig auf die Ausgußsteine. — Durchdrungen sind wir von unserer ungeheueren, unverhüllten Einsamkeit. Ueber uns waltet eine göttliche Regung, derweilen wir langsam den steilen und regelmäßigen Weg der Treppen hinaufsteigen. Die Treppe, die in ihrer Windung und in ihren scharf gezirkelten Stufen, und in ihren genau abgemessenen und abgeschnittenen Massen so unveränderlich angelegt ist, birgt in sich so etwas wie ein menschliches Wesen. Oben in dem schrägen Dach ist eine runde Luke sichtbar. Das Treppenhaus dieses Volkshauses im Proletarierviertel wird eben nur von dort oben beleuchtet. Der Schatten, der auf den Wänden des Schachtes geistert, aus dem wir schrittweise hervorsteigen wollen, überdeckt unseren schwerfälligen Aufstieg zu dem winzigen Spalt des Taglichtes. In Düsterkeit und in Verborgenheit bleiben wir, und es bedünkt mich doch, daß wir zum Himmel hinaufsteigen.

Gemeinsame Sehnsucht umfängt uns, und wir lassen uns neben einander auf einer Treppenstufe nieder. Im ganzen Hause raunt kein Geräusch. Wir sitzen unter der schlichten, rundlichen Lichtluke, die über uns geneigt ist. Sehr schmal ist die Treppe, und darum müssen wir uns eng aneinander schmieden. Die Lebenslauigkeit Marias strömt in mich hinein. Ich spüre, wie es mich quält, dieses dunkle Leuchten, das von ihr ausstrahlt. Ich teile mit ihr die Wärme ihres Leibes, und ihres Gedankens Leibhaftigkeit. Noch tiefer ist der Schatten über uns gesunken. Kaum sehe ich diese Frau, die dort an meiner Seite sitzt, hingehockt, lebenswarm, und bereit, mir jederlei Wohnung zu gewähren, und willkommene Rüstung.

Ich rufe sie ganz leise beim Namen und es ist, als wenn ich nun mein Bekenntnis zu ihr hinausschrie. Sie wendet sich zu mir und es bedünkt mich, es sei das erste Mal, daß ich ihr Gesicht unverhüllt erblicke. Ich lege den Arm um ihre Schultern. Sie sagt: „Küsse mich!" Man spricht nichts mehr, man stammelt nur noch, man flüstert, man lacht.

(Forts. folgt.)

Abg. Cohn (U. Soz.): Das Filmdezernat der Reichskanzlei ist mit einem aus der Filmindustrie geholten Beamten besetzt. Daraus darf man wohl auf Beziehungen der Reichskanzlei zu der Filmindustrie schließen.

Ein Regierungsvertreter macht noch einige Angaben über die Filmstelle in der Reichskanzlei und hebt hervor, daß man dort einen ehemaligen Angestellten der Filmindustrie zugezogen hat, weil er von der Sache etwas versteht. (Beifall.)

Der Art. 117 wird sodann unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Ein Zwischenfall.

Während der Abstimmungen tritt plötzlich ein Besucher des dritten Ranges an die Brüstung und wirft ein großes Paket Flugblätter und graue Karten in den Saal mit den Worten: „Hier ist Material für den Abg. Naumann!" Tribünenbesucher und Abgeordnete greifen nach den Zetteln. Es entsteht große Unruhe, die durch eine Aufforderung des Präsidenten Fehrenbach langsam beendet wird. Die Flugblätter sind überschrieben: „Dadaisten gegen Weimar!" und tragen Unterschriften, wie „Der dadaistische Zentralrat der Weltrevolution" und „der Präsident des Erdballes sitzt im Sattel des weißen Pferdes Dada". Auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberdada angekündigt, weil der Abg. Traub in einem Vortrage „das Weltgewissen" angerufen habe. Der Zettelverteiler entfernte sich erregt sprechend, ohne behindert zu werden.

Ueber den zweiten Abschnitt der Grundrechte, der das Gemeinschaftsleben behandelt, berichtet

Abg. Dr. Beyerle (Zentr.):

Art. 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die

Gesundung, Reinerhaltung und soziale Förderung der Familie

als Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge, nach Art. 119 ist die Erziehung des Nachwuchses

Pflicht und Recht der Eltern,

über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.

Abg. Dr. Luppe (Dem.) beantragt eine Fassung, in der die „Grundlage des deutschen Familienlebens" und die Bezugnahme auf die Bevölkerungspolitik fortgelassen ist und außerdem der Mutterschaft Anspruch auf den Schutz des Staates gegeben wird. Eine ähnliche Fassung beantragen auch die Sozialdemokraten Frau Juchacz und Gen., die ferner dem unehelichen Kinde das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter geben wollen wie den ehelichen Kindern.

Abg. Dr. Luppe (Dem.) beantragt als Zusatz zu Art. 119: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Die unabhängigen Sozialdemokraten Frau Zietz und Gen. beantragen: Das uneheliche Kind trägt den Namen des Vaters und steht dem ehelichen Kinde gleich. Die Mutter des unehelichen Kindes hat den Anspruch, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden.

Die unabhängige Frau Agnes und Gen. beantragen ferner, daß Ehefrauen an der Ausübung eines Amtes nicht wegen ihrer Verheiratung gehindert werden dürfen. Sie beantragen endlich die Errichtung eines Reichsgesundheitsministeriums und Vergesellschaftung und Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe und Vergesellschaftung der Arzneimittelherstellung.

Endlich liegt noch eine Entschließung des Ausschusses vor, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regele.

Abg. Frau Roehl (Soz.):

Die Vorschläge des Ausschusses sind mangelhaft. Mit dem

Ignorieren der unehelichen Mutterschaft

schafft man die Tatsache ihres Bestehens nicht aus der Welt. Niemand hat das Recht, die uneheliche Mutter ohne den Schutz der Verfassung zu lassen. Das Unrecht gegen sie und ihr Kind muß in einem modernen Deutschland aus der Welt geschafft werden.

Abg. Frau Neuhaus (Zentr.): Eine Unterscheidung zwischen der Ehe und anderen vernünftigen Verbindungen, die nicht so auf Treue und Verantwortlichkeit beruhen, muß gemacht werden. Auch die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen geht zu weit.

Abg. Frau Broenner (Dem.):

Meine Fraktion meint, daß die Rechte der unehelichen Kinder nicht in der Verfassung, sondern in einem besonderen Gesetz festgelegt werden sollen.

Das Kind darf nicht von seiner Mutter getrennt werden.

Unser Antrag verlangt die Fürsorge des Staates für die Mutterschaft, und wir denken dabei an den Ausbau der Mutterschaftsversicherung, Verbesserung des Hebammenwesens, an Wöchnerinnenheime, Stillprämien usw.

Der vom Zentum (Abg. Groeber und Gen.) gestellte Antrag geht dahin, daß in einem besonderen Art. 118a bestimmt wird: Die Mutterschaft genießt Schutz und Fürsorge nach Maßgabe der Gesetze. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung gerechte Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Abg. Frau v. Gierke (Dnatl. Vp.): Wir sind der Meinung: Ehe und Familie müssen im Volksbewußtsein ihren besonderen geheiligten Platz behalten. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Zietz (U. Soz.): Unter keinen Umständen darf die moralische Einschätzung und soziale Achtung einer Frau abhängig gemacht werden von einer vorehelichen Mutterschaft. Und unter keinen Umständen darf das uneheliche Kind schlechter gestellt werden als das eheliche. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Burlage (Zentr.): Man kann die unehelichen und ehelichen Kinder unmöglich gleichstellen. (Lebh. Widerspruch der Unabh.) Ebenso geht es nicht an, jeder unehelichen Mutter Elternrechte zuzubilligen. (Lebh. Widerspruch des Abg. Hans Krüger (Soz.)

Vizepräsident Haußmann: Abg. Hartmann-Oppeln hat auf das Wort verzichtet. Ich bitte, dieses Vorbild zu beherzigen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Katzenstein (Soz.):

Wir wünschen nicht Zwang für die unehelichen Kinder zur Führung des Vatermamens, sondern das Recht darauf.

Die Entrechtung der unehelichen,

an ihrer Lage völlig unschuldigen Kinder muß aufhören.

Abg. Kunert (U. Soz.) fordert ein Reichsministerium für einheitliche Pflege der Volkshygiene.

Damit schließt die Besprechung. Nächste Sitzung: Donnerstag, 9½ Uhr: Verfassungsentwurf.

Schluß ½8 Uhr.

Abg. Weber (Soz.):

Wir verurteilen den Schritt Ulrichs. Unsere Partei hat in Hessen-Nassau diesen Bestrebungen die schärfste Absage zuteil werden lassen. Die Erklärungen, die das Zentrum hier im Hause abgibt, stimmen mit dem Verhalten der Partei im Westen nicht überein. Diejenigen Kollegen haben doch nicht so ganz unrecht, die uns sagen:

Wer sich in die Hände des Zentrums begibt, der ist verloren.

(Lebhaftes Hört, hört! und große Bewegung im ganzen Hause.) Die Regierung wird ja wissen, wieweit sie gehen kann. Auch bei uns gibt es eine Grenze, wo wir sagen müssen: Regiert Ihr alleine, uns ist der Geschmack am Regieren verdorben. Fluchwürdig ist die Agitation der Zentrumsanhänger im Rheingebiet.

Abg. Jansen (Dem.) tritt dem Zentrumsredner mit großer Schärfe entgegen.

Abg. Ludwig (U. Soz.):

Schon im März ist das Zentrum gekennzeichnet worden als verantwortlich für diese Abtrennungsgelüste, heute hat es das zugegeben. Die Herren sind schon längst erkannt; sie sind

die schwarzen Spartakisten.

(Große Heiterkeit.) Die Geschichte hat festgestellt, daß Sie (nach rechts) zu den berufsmäßigen Hoch- und Landesverrätern gehören. (Großer Lärm rechts. Ordnungsruf.)

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.): Man sucht systematisch im Westen für die Lostrennung zu werben. Die Lage ist sehr ernst.

Abg. Bergmann (Z.): Mit unserm Eintritt in die Regierung haben wir ein sehr schweres Opfer gebracht.

Die Erörterung wird durch die Annahme eines Schlußantrages beendet.

Schluß gegen 7 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr pünktlich. (Ministerium des Innern.) Voraussichtlich wird morgen auch noch eine Abendsitzung stattfinden.

Preußische Landesversammlung.

46. Sitzung.

Mittwoch, den 16. Juli 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Hirsch, Heine.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Der Handelsausschuß beantragt, dem § 1 des Warenhaussteuergesetzes folgenden Absatz anzufügen: „Unternehmungen, denen die Befreiungsvorschrift des § 36 Abs. 5 des Umsatzsteuergesetzes zusteht, sind vom 1. April 1919 an mit ihrem gesamten Umsatz von der Warenhaussteuer freizulassen.

Abg. Menzel-Halle (U. Soz.): Wir sind für radikale Beseitigung dieser Steuer.

Abg. Eberle (Soz.): Wir sind im Ausschuß mit aller Entschiedenheit für die völlige Aufhebung der Warenhaussteuer eingetreten. Wir können aber doch nicht gegen diese Vorlage stimmen, die erhebliche Milderungen bringt.

Die Vorlage wird angenommen.

Das Gesetz über die Umbildung des Kommunallandtags von Hohenzollern wird in dritter Lesung verabschiedet.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage auf Neuwahl der Provinziallandtage. Die Unabhängigen beantragen Rückverweisung an den Gemeindeausschuß.

Die Gemeindekommission hat die Vorlage mit einigen Abänderungen zur Annahme empfohlen.

Abg. Dr. Regenborn (Dnatl.) befürwortet, die Neuwahlen spätestens bis zum 1. Oktober erfolgen zu lassen.

Die Abgg. Scholich (Soz.), Rebehn (Dem.) und Bauer-Oberschlesien (Ztr.) erklären sich für die Ausschußbeschlüsse und gegen die Anträge der Deutschnationalen.

Abg. Stöcker (U. Soz.): Meine Partei lehnt die Vorlage ab.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) spricht sich für die Ausschußvorschläge und für das Amendement der Deutschnationalen zu § 4 aus.

Unter Ablehnung dieser Abänderungsanträge werden die Ausschußvorschläge mit seiner von den Abgg. Berghaus und Rebehn (Dem.) beantragten Aenderung zu § 5 angenommen.

In der sofort anschließenden dritten Lesung setzt Abg. Stöcker (U. Soz.) seine vorhin unterbrochenen Ausführungen fort. In jedem Wahlkreise werde die Minorität unterdrückt und von wirklicher Demokratie könne dabei keine Rede sein.

Nach abermaliger Ablehnung eines Antrages der Unabhängigen Sozialisten auf nochmalige Ausschußberatung wird die Vorlage auch in dritter Lesung endgültig angenommen.

Ohne Aussprache verabschiedet wird die Vorlage über die Auflösung und Neubildung der Steuerkommissionen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände. Die Regierung bittet die Landesversammlung, bei der großen Dringlichkeit der Angelegenheit die Beschlußfassung mit größter Beschleunigung herbeiführen zu wollen.

Abg. Limbertz (Soz.): Dieses Gesetz ist unter den Parteien in Weimar vereinbart worden. Von einem sofortigen Inkrafttreten des Gesetzes kann gar keine Rede sein, denn dann würden die erweiterten Rechte auch den Provinziallandtagen verliehen werden, die sich noch keiner Neuwahl unterzogen haben und noch ganz reaktionär zusammengesetzt sind. Das wollen wir aber auf keinen Fall.

Minister des Innern Heine: Ausschußberatung ist auch der Regierung erwünscht.

Abg. Faßin (Z.) spricht gleichfalls für nähere Beratungen in einem Ausschuß und äußert juristische Bedenken gegen Einzelbestimmungen, die

Unterstaatssekretär Dr. Freund zu zerstreuen sucht.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 27 Mitgliedern.

Es folgt die dringende förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei:

„Der „Vorwärts" berichtet in der Morgenausgabe vom 8. Juli, daß der hessische Ministerpräsident Ulrich mit Hilfe der Franzosen und vor allem des Generals Mangin für eine großhessische Republik Propaganda mache, der auch südliche Teile der Rheinprovinz und Teile Hessen-Nassaus angehören sollen. Ist der Staatsregierung bekannt, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen, und welche Schritte gedenkt sie zutreffendenfalls zu unternehmen, um derartigen Eingriffen in den Bestand Preußens entgegenzutreten?"

Auf die Frage des Präsidenten erklärt sich Ministerpräsident Hirsch zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.): Die „Vorwärts"nachricht ist durch die ganze deutsche Presse gegangen und schnell sind ihr auch die Dementis gefolgt. Unbestritten ist, daß Herr Ulrich vom General Mangin mit allen militärischen Ehren empfangen worden ist und eine längere Verhandlung mit ihm gehabt hat.

Abg. Bergmann (Z.) begründet die Zentrumsinterpellation. Man hat sogar dem Zentrum in seiner Allgemeinheit den furchtbaren und schweren Vorwurf des Hochverrats gemacht.

Ministerpräsident Hirsch:

Der hessische Ministerpräsident Ulrich und der Justizminister Dr. von Brentano (hört, hört! links) haben auf Veranlassung des Generals Mangin in Mainz mit diesem über gewisse lokale Angelegenheiten zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Frage der von Dorten geplanten Rheinischen Republik zur Sprache gekommen. Ministerpräsident Ulrich hat gegen diesen Plan scharf Stellung genommen. (Hört, hört! links.) Im Verlaufe dieses Gespräches haben die beiden hessischen Minister den Plan der

Gründung eines Großhessischen Freistaates

erwähnt. (Hört, hört! im Zentrum.) General Mangin schien das dahin aufgefaßt zu haben, daß Hessen die Unterstützung der französischen Besatzung für diesen Plan wünschte. Ministerpräsident Ulrich und Justizminister von Brentano erklärten sofort, daß ihnen eine solche Absicht ferngelegen hätte. Die Preußische Regierung hat sofort bei der Reichsregierung eine Besprechung dieser Angelegenheit unter Zuziehung der beteiligten Staaten beantragt. Diese Besprechung hat in Weimar am 14. Juli stattgefunden. Inzwischen hatte die preußische Regierung durch die hessische Regierung die Abschrift des Berichtes erhalten, den die hessische Regierung unter dem 30. Juni an den Reichspräsidenten gerichtet hatte. Ebenso ist auf dem Umwege über das Reichsministerium des Aeußeren der Bericht des preußischen Gesandten in Darmstadt vom 2. Juli in unsere Hände gekommen. Bei den Verhandlungen am 14. Juli haben wir uns davon überzeugt, daß bei den hessischen Herren nicht die Absicht bestanden hat, die Hilfe der französischen Besatzung für die Losreißung preußischer Gebietsteile in Anspruch zu nehmen. Der Reichspräsident hat bei dieser Besprechung den Wunsch geäußert, daß

solche Fragen nicht wieder vor den Augen der Ententebesatzung berührt

werden möchten. (Beifall.) Bei dieser Besprechung ist ferner zweifelsfrei festgestellt worden, daß die Reichsregierung von der Besprechung der hessischen Minister mit General Mangin vorher keine Kenntnis hatte. (Hört, hört!) Die preußische Regierung steht heute noch auf dem Standpunkt, daß

Abtrennungen von Gebietsteilen Preußens gefährlich für die Einheit Deutschlands

und schädlich für die Kraft und Leistungsfähigkeit Preußens und des gesamten Reiches sind. (Beifall.) Der Glaube, der offenbar auch den hessischen Ministern vorgeschwebt hat, daß die rheinische Bevölkerung den Verlockungen der Franzosen besser standhalten könnten, wenn sie Bürger einer selbständigen rheinischen Republik wären, ist nach Ansicht der preußischen Regierung trügerisch. (Zustimmung.) Die preußische Regierung vertraut auf die

deutsche Gesinnung der gesamten rheinischen Bevölkerung

und auf ihre Anhänglichkeit an das Reich. (Beifall.) Die preußische Regierung bittet die Landesversammlung, gegen solche gefährliche Bestrebungen einmütig Stellung zu nehmen. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Abg. Dr. Ritter (Dnatl. Vp.): In den Rheinlanden scheint doch tatsächlich ein sehr starker Nährboden für diese Absonderungsbestrebungen vorhanden zu sein.

Groß-Berlin

Die Explosion im Nordosten.

Mittwoch vormittag kurz nach 8 Uhr wurden die Bewohner von Hohenschönhausen, Weißensee und Lichtenberg durch eine gewaltige Detonation und Erschütterung des Erdbodens in Schrecken versetzt. Von dem an der Landsberger Chaussee beim Gasthof „Weiße Taube" gelegenen Lagerplatz der Firma Stock, Hohenschönhausen, stiegen gewaltige Rauchwolken auf und hüllten die Umgebung in Dunkel. Unaufhörliche Detonationen von Infanterie- und Artilleriemunition ließen vermuten, daß es sich um umfangreiche Vorräte handelte. Die leichten Bretterschuppen waren in kurzer Zeit ein Raub der Flammen, da die sofort eintreffenden Wehren von Hohenschönhausen, Weißensee und Berlin sich nur auf eine weitgehende Absperrung der Brandstätte einlassen konnten. Nach anderthalbstündigem ununterbrochenen Rollen der explodierenden Geschosse war die Macht des Feuers gebrochen, aber die bis in den späten Nachmittag vereinzelt vorkommenden Explosionen verhinderten ein Betreten der Brandstätte. In der Umgebung ist eine große Menge Fensterscheiben durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert worden, dagegen sind Menschenleben, soweit sich bis zur Stunde feststellen ließ, nicht zu beklagen; der anwesende Wächter konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Ueber die Ursache des Brandes ist bisher nichts bekannt geworden. Doch wird Selbstentzündung der äußerst gefährlichen Zündstoffe vermutet.

Der Zusammenstoß mit den Franzosen in der Friedrichstraße.

Eine der Polizei nahestehende Korrespondenz berichtet: Bei der Kriminalpolizei meldete sich eine Dame, die bekundet, daß sie, als sie die Friedrichstraße entlang gekommen sei, selbst gehört habe, wie einer der beiden Franzosen zu einem Mädchen „sale cochon" (dreckiges Schwein) gesagt habe. Die Dame spricht selbst französisch und hat das Schimpfwort genau gehört. Sie gibt weiter an, daß auch ein Zivilist die beleidigenden Ausdrücke der Franzosen gehört habe und darüber so aufgebracht gewesen sei, daß er dem Franzosen, der das Schimpfwort gebraucht habe, einen Schlag versetzt habe. Mit diesem Zivilisten hat sich die Zeugin dann noch weiter unterhalten und ist mit ihm zusammen die Linden heruntergegangen bis zur Burgstraße, wo sich ihre Wege trennten. Unterwegs habe sie noch zu dem Manne gesagt, daß es doch nicht gerade nötig gewesen wäre, daß er gleich auf den Franzosen eingeschlagen habe. Dieser Mann, der in Lichtenberg wohnen soll, wird dringend gebeten, sich ebenfalls bei der Kriminalpolizei zu melden. Er kann dies um so eher, als er mit den späteren Vorgängen nichts zu tun hat. Mehrere andere glaubwürdige Zeugen haben angegeben, daß die Franzosen vorher im Kaiser-Kaffee in ihrer Sprache ganz ungeniert und laut abfällige Bemerkungen machten, sie wurden aber von den Gästen nicht beachtet. Gesucht wird von der Kriminalpolizei ferner ein Kriegsinvalide von etwa 20 Jahren, der in Begleitung eines Fliegers war und die vier Soldaten, die in „angeregter" Stimmung aus einem Vergnügungslokal gekommen waren, auf die beiden Franzosen mit dem Hinweis aufmerksam gemacht hat, daß diese sich herausfordernd benommen und über ihn und andere Personen lustig gemacht hätten. Die Soldaten gerieten darüber in Erregung und einer von ihnen schlug dem Sergeanten Tripier ins Gesicht. Das gab dann Veranlassung zu dem Zusammenlauf und der Verfolgung der beiden Franzosen, bei der der Sergeant Manheim getötet wurde. Die Leiche Manheims muß auf Reichskosten nach Paris übergeführt werden.

Drohender Lohnkampf im Milchgewerbe?

Zu dieser, einer Lokalkorrespondenz mit Quellenangabe entnommenen Notiz schreibt uns der Transportarbeiterverband: Die Einführung der 42stündigen Arbeitszeit wird lediglich nur von den Handwerkern gefordert und diese Arbeitszeit besteht in den meisten Betrieben heute schon. Es ist der Arbeiterschaft in den Meereibetrieben ihr gutes Recht, auch für sich für sechs Wochentage die 48stündige Arbeitszeit zu fordern, und diese Forderung deckt sich mit der Regierungsverordnung vom Dezember 1918. Die Arbeiter in den Meereien arbeiten nicht nur sechs Tage, sondern sieben Tage in der Woche und wollen auch diese Arbeitszeit für die Folge beibehalten. Aus dem betreffenden Artikel muß jeder Urkundige herauslesen, daß die gewerblichen Arbeiter in den Meereibetrieben gewillt sind, Sonntags nur drei Stunden arbeiten zu wollen. Dies fordern aber nur die kaufmännischen Angestellten allein und es ist auch zur Aufrechterhaltung des Betriebes eine längere Arbeitsdauer dieser Angestellten nicht notwendig. Wenn es wahr wäre, daß die Kutscher bisher einen Lohn von 50—65 M. hatten, so wäre damit bewiesen, daß dieselben bisher für einen Hungerlohn gearbeitet haben. Die Löhne sind bedeutend höher gewesen, immerhin aber nicht in der Höhe, um die Existenz zu ermöglichen. Es ist unwahr, daß ein Lohn für Facharbeiter von 160 M. gefordert wird. Die Gehälter für das kaufmännische Personal, zum Wochenlohne umgerechnet, werden in vielen Betrieben bereits gezahlt; die höheren Gehälter beziehen sich auf das Aufsichtspersonal und verantwortungsvolle Stellen. Die von der Arbeiterschaft geforderten Löhne erreichen noch nicht einmal die Höhe, welche die Zentrale Groß-Berlin in ihren Betrieben (Milch, Butter, Käsereien) zugestanden hat. Die Stadtgemeinde Berlin ist dabei, für sämtliche kommunalen Betriebe einen Tarifvertrag abzuschließen, der höhere Lohnsätze und günstigere Arbeitsbedingungen vorsieht, als sie die Arbeiterschaft in den Meereien fordert.

In der Konferenz am letzten Montag mit den Unternehmern und Vertretern der städtischen Behörden haben die anwesenden Vertreter der Arbeiterorganisationen auf das bestimmteste erklärt, daß sie ihre Hand nicht dazu bieten, die Milch auch nur um das geringste zu verteuern. Dies ist vom Stadtrat Simonsohn auch anerkannt, andererseits aber auch erklärt worden, daß gar nicht daran zu denken sei, angesichts des Abbaues der Lebensmittelpreise hier eine Verteuerung der Milch vorzunehmen.

Die S. P. D.-Arbeiterräte

nehmen laut Fraktionsbeschluß an der heutigen Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte nicht teil.

Zum Straßenbahnerstreik. Gen. Schumann vom Transportarbeiterverband schreibt uns: In der Abendausgabe vom 15. Juli befindet sich eine Notiz „Die Resolution der Streikenden". Da heißt es: „Zur Vertrauensleute-Sitzung der Streikenden erfahren wir noch, daß einige Redner den Ausführungen Schumanns scharf entgegentraten und die Aufnahme der Arbeit verlangten, da es unmöglich sei, so ohne weiteres gegen das Streikreglement zu verstoßen." Diese Mitteilungen sind irreführend. Ich habe lediglich erklärt, daß die Organisationsleitung angesichts des Abstimmungsresultats ihrerseits Bedenken trage, von der Bestimmung des Streikreglements Gebrauch zu machen und den Streik für beendet zu erklären. Sache der Vertrauensleute müsse es zunächst sein, zu entscheiden, ob es ihrer Auffassung nach möglich sei, durch einen von den Vertrauensleuten gefaßten Beschluß die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Nachdem in der Diskussion die einmütige Auffassung zutage getreten war, daß es aus Rücksicht auf die Einheit und Geschlossenheit der Bewegung selbst und aus Rücksicht auf die Berliner Bevölkerung besser sei, den Streik zu beenden, habe auch ich erklärt, alles tun zu wollen, um dieses Ziel erreichen zu helfen. Ich habe dann in der Versammlung der Streikenden im Hochbahnhof Warschauer Straße entsprechend dem Beschluß der Vertrauensleute berichtet und die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. In diesem Sinne ist dann auch von den Streikenden beschlossen worden.

Eisenbahner-Werbeausschuß! Versammlung des Arbeitsausschusses, der Bezirksvertrauensleute und Vertrauensleute Montag, den 21. Juli, 5 Uhr, in den Warschauer Bierhallen, Warschauer Str. 73. Bezirksvertrauensleute und Vertrauensleute wollen unbedingt erscheinen oder Vertreter entsenden. Sehr wichtige Tagesordnung. Einlaß nur gegen Ausweis.

Groß-Berliner Einmachezucker-Lotterie. Im Kreise Niederbarnim wird demnächst 1 Pfund Einmachezucker auf den Sonderabschnitt V abgegeben. Der Kreis Osthavelland verteilt zwei Pfund und der Kreis Westhavelland sogar rund sechs Pfund Einmachezucker. Im Kreise Teltow ist dagegen auf eine Verteilung nicht zu rechnen und auch in den anderen Gemeinden Groß-Berlins dürfte das nach den bisherigen Mitteilungen der Fall sein!!!

Flugpost. Von jetzt an können zur Beförderung auf den im Betriebe befindlichen oder noch einzurichtenden Flugstrecken versuchsweise Flugpostsendungen bei allen Reichspostanstalten angenommen werden. Zugelassen sind gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten und Briefe sowie Pakete und Zeitungen.

Vom Donnerstag ab findet die Juristische Sprechstunde auf dem ersten Hof parterre links statt, und zwar bis zum 26. Juli von 3 bis 5 Uhr.

Verschiedene Abteilungen **der Eisenbahndirektion sind nach Königgrätzer** Str. 105, 2. Quergeb., verlegt.

Mit 9000 M. Parteikassengeldern durchgebrannt ist der am 26. September 1861 zu Brandenburg a. d. Havel gebürtige Schlosser Otto Beier. Beier stand im Dienste der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Neukölln.

Politische Debatten im Amt scheinen uns so recht fehl am Ort zu sein. So berichtet uns ein Arbeiter über seine Auseinandersetzung mit einem Berliner Armenvorsteher, zu dem er geladen war, um der Stadt die seiner Mutter geleistete Unterstützung zu ersetzen. Der Arbeiter berichtigte die Anschauung des Vorstehers über seine Lohnhöhe und wies dann auf seinen Lohnausfall infolge eines Unfalls hin. Der Vorsteher meinte, er wolle nicht zahlen, kündigte Zwangseintreibung an und sagte schließlich in der politischen Debatte, die Zeit, wo die Arbeiter zu bestimmen hätten, würde auch vorbeigehen. Das ist ein Irrtum, ebenso wie uns der Tadel des Arbeiters daran irrig scheint, daß Angehörige, die nun dazu in der Lage sind, nicht auch die Armenunterstützung ersetzen sollten. Aber wir fragen: Was haben politische Debatten im Amt für einen Sinn? Sie halten nur die Geschäfte auf.

Mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden wurde der 72 Jahre alte Privatlehrer Christian Weber in seiner Wohnung in der Isarstr. 8 zu Neukölln. Ob Unglücksfall oder Selbstmord, steht noch nicht fest.

„Schießereien und kein Ende". Zu dieser, einer Korrespondenz entnommenen Notiz im Dienstag-Abendblatt werden wir ersucht, mitzuteilen, daß der darin erwähnte Neger Deutschland als seine Heimat betrachtet und in den Kolonien mitgekämpft hat.

Ein entwichener Zuchthäusler ergriffen. Eine Patrouille beobachtete nachts in der Berlichingenstraße, wie sich mehrere Personen in eine Türnische versteckten. Die Soldaten fragten die Verdächtigen, was sie dort vorhätten und nahm sie fest, als sie sich nicht ausweisen konnten. Auf dem Polizeipräsidium stellte sich heraus, daß der eine ein bekannter Geldschrankknacker namens Friedrich Henschel ist, der erst unlängst mit einem Spießgesellen ertappt, festgenommen und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Henschel wurde am 10. Juli mit mehreren anderen Zuchthausgefangenen von Naugardt aus abkommandiert und entfloh von einem Kommando mit den übrigen Gefangenen, die bisher noch nicht ergriffen werden konnten.

An die geehrten Herren Einbrecher, die in der Nacht vom 7./8. dieses bei mir eingebrochen haben, möchte ich die höfliche Bitte richten, mir die gestohlenen Lebensmittel, besonders die Fleischkarten zurückzusenden, auch die Butter, die für meine totkranke Frau zur Kräftigung bestimmt war. Unkosten vergüte ich gern. Die Lebensmittelkarten und Fleischkarten waren Eigentum meiner Mittagsgäste. Ueber den Empfang werde ich öffentlich quittieren. In der Hoffnung, daß es in Ihrem Beruf noch edeldenkende Menschen gibt, verbleibe ich Ihr kahlgeraubter

Gastwirt Paul Weißer, SO. 33, Wrangelstr. 22.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 1. Kreis. Der 5. Bezirk feiert am 20. Juli sein 7. Spiel- und Sportfest auf dem Spielplatz in Neukölln, Grenzallee. Vormittags 8 Uhr: Vorkämpfe; 1 Uhr: Festzug vom Reuterplatz; 1/23 Uhr: Freiübungen der Männer, Frauen, Jugend, Schüler und Schülerinnen, nachdem Fünfkampf der Männer, Dreikampf der Frauen und Jugend, Stafettenläufe und Wettspiele.

Lichtenberg. Sonntag, 20. Juli, ab 3 Uhr nachmittags, im Lokal Schwarz' Sommertheater, Möllendorffstr. 25/26: Sommerfest. Großzügiges Programm, großes Gartenkonzert, Spezialitäten, Männergesang, Tanz zc. Für die Unterhaltung der Kinder ist besonders gesorgt, Kasperle-Theater, Onkel Pelle usw., jedes Kind erhält eine Mütze und zwei Bons fürs Karussell gratis. Kinder unter 14 Jahren haben freien Eintritt, desgleichen arbeitslose Mitglieder des Wahlvereins. Wir ersuchen unsere Genossinnen und Genossen, durch recht rege Beteiligung und Propaganda im Kreise ihrer Bekannten und Verwandten am Gelingen des Sommerfestes tatkräftig mitzuwirken.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Der Butterpreis beträgt für 30 Gr. Butter nicht 70, sondern 42 Pf.

Berlin. Kommende Woche Fettverteilung (E 10 und Speisefettkarte). Bis Freitag im 9., 12., 23. und 29., bis Sonnabend im 10., 22. und 26., bis Montag im 24., 25., 27., 28., 30., 46. und bis Dienstag im 31., 32., 33., 34., 35., 36. und 37. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Käse.

Britz. 1/2 Pfd. Marmelade (68), 500 Gr. Kartoffelscheiben (58).

Reinickendorf. 1/4 Pfund Tilsiter Käse (201) in den amtlichen Verkaufsstellen. Ausweiskarte A am 18. und 19., B am 21. und 22., C 23. und 24., D 25. und 26. Juli.

Lichtenberg. Vom 14. bis 20. Juli an Stelle von inländischem Fleisch ausländisches Schweinefleisch (4,75 M.). Als Knochenbeilage ist 1/5 zugewiegen. Ein Auslandsei auf den Marken (1,25 M.).

Steglitz. Anmeldung von Brotaufstrich, Nährmitteln und einer Sonderausgabe vom 14. bis 16. Juli. Abschnitte: 47, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63. 500 Gramm amerikanisches Weizenmehl vom 14. bis 16. Juli (W 8 und C 9). Anmeldung vom 14. bis 16. Juli (D 10 und J 11). Verkauf von 275 Gramm Roter Grütze vom 15. bis 17. Juli (38a, 40a). Anmeldung von Nährmitteln an Jugendliche vom 15. bis 17. Juli (48). Anmeldung von Milchsüßspeise am 16. und 17. Juli (41a). — 500 Gramm Graupen (45), 500 Gramm Haferflocken (46). — Inlandsspeck an werdende Mütter am 16. und 17. Juli, 9—12 und 4—7, bei Jentsch, Albrechtstr. 15.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Großes Sommerfest der Berliner Parteiorganisation.

Sonnabend, den 26. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr, großes Sommerfest in folgenden Lokalen:

1. **Spreezelt, Hinter den Zelten, Portal 1, 2, 3.**
2. **Walhalla-Etablissement, Weinbergsweg.**
3. **Konzertgarten Plänterwald in Treptow.**

Großes Konzert, Kabarett, Kino im Freien, Theatervorstellungen, Kinderbelustigungen und Tanz.

Eintrittskarten im Vorverkauf à 75 Pfg. bei allen Abteilungsfunktionären zu haben. An der Kasse Eintritt 1,— M.

Kinder unter 14 Jahren freien Zutritt zu den Gartenveranstaltungen.

•

Pankow-Niederschönhausen. Sonnabend, 4 Uhr: Großes Gartenfest. Näheres siehe Anzeige.

26. Abt. Sonntag von 10 bis 2 Uhr: Führung durch den Botanischen Garten in Dahlem. Treffpunkt 1/210 Uhr am Eingang des Gartens unter den Eichen. Fahrverbindung mit der Wannseebahn nach Dahlem. Teilnehmerkarten a 50 Pf. sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

Charlottenburg. 4. Gruppe. Die Versammlung fällt heute aus. Ihr Stattfinden wird hier bekannt gemacht.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Heute 7 1/2 Uhr abends im Gewerkschaftshaus Saal 10: Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung u. a. Wahl des Vorstandes.

Friedrichsfelde. Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr im Saale von Haberland, Wilhelmstr. 38: Versammlung: 1. Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Referent: Genosse Radek. 2. Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterrats. Referent: Genosse Salomon. 3. Verschiedenes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abstinenten-Vereinigung Gr.-Berlin. Sitzung jeden Sonnabend, 8 Uhr, im Restaurant Raß, Alexanderstr. 10, jeden Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16, jeden Montag, 7 1/2 Uhr, in Charlottenburg, Wallstr. 80, Arbeiterschule. — **Fredersdorf-Petershagen.** Sonnabend, 19. Juli, 1/28 Uhr, im Lokal von Gronostay (früher Jeske), Schwarzer Weg, freireligiöse Volksversammlung. Adolf Hoffmann spricht über: „Unsere Stellung zur Religion und Kirche!"

Gerichtszeitung.

Der Mord an dem 76jährigen Ernst Gubohr, Kochstr. 46, sollte gestern bereits das außerordentliche Kriegsgericht beschäftigen. Die Anklage richtete sich bisher nur gegen den stellungslosen Handlungsgehilfen Wilhelm Gertzen und die „Schauspielerin" Elfriede Simon, welch letztere während der Ausübung des Verbrechens auf der Straße Schmiere gestanden hatte. Der Termin mußte aufgehoben werden, da inzwischen noch ein unter dem Spitznamen „Bubi" bekannter homosexueller Soldat Willi Roll als Mittäter verhaftet worden ist. Es soll nunmehr demnächst die gemeinsame Verhandlung gegen alle drei vor dem Kriegsgericht stattfinden.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag: Mäßig warm, im Süden größtenteils trocken und vielfach heiter, im Norden, besonders an der Küste stark bewölkt und leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Dienstag, den 22. Juli, abends pünktlich 6 1/2 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18:

Generalversammlung.

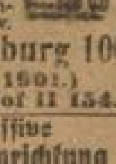
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß.
2. Verschiedenes.

Zu dieser Generalversammlung sind außer den Delegierten und übrigen Teilnehmern nach § 4 des Vereinsstatuts die Vertrauensleute und Druckereikassierer eingeladen.

Ohne Legitimationskarte kein Eintritt.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Seit über 25 Jahren ist Lanolin-Cream Marke „Pfeilring" in Tuben u. Dosen in all. Apotheken Drogerien und Friseurgeschäften erhältlich, das unübertroffen Beste zur Hautpflege.
Vereinigte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft. Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfelde. Charlottenburg, Salzufer 16.

Nur für Wiederverkäufer! Feuerzeuge, Gaszünder und Ersatz-Zündsteine fast aller Sorten. 12 verschied. Feuerzeuge, nur gangbare Muster, M. 19,25 franko Nachn. freibl. Fordern Sie Preisliste, auch üb. Zigaretten-Etuis, Taschenlampen, Rasier-Apparate usw.

Johann Lichtenfeld, Hamburg 100
Speersort 6. (Gegründet 1901.)
Leipziger Messe, Dresdner Hof II 154.

Stoffe für Damen-Kostüme Meter 20,-, 30,-, 40,-, 50,- Herren-Anzüge Meter 50,-, 60,-, 70,-, 80,- Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudtenstr. 20/21 Verkaufszeit v. 8—7 Uhr.

PLATIN Gold, Silber, Zahngebisse kauft Frau Linke, Blücherstr. 40.

Massive **Ladeneinrichtung** für Zigarren, Konfitüren und jedes Warengeschäft geeignet, ist preiswert zu verkaufen Leipziger Str. 55, II. 4020

Platin Gramm bis 30 Mark kauft Metallkontor, Alte Jakobstr. 138

Kupferdrähte, Kabeln, Litzen für Anschlußbedarf kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstraße 34. 4530

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 2705 u. 5515.

Möbel! Sonderangebot! Schlafzimmer Schrank, 3teilig m. Spiegel, kompl. M. 1850.— Küchen in allen Farben — 7teilig, M. 395.— Speisezimmer Eiche, kompl. m. Lederstühlen von M. 2950.— an Sofas prima Stoffverarbeitung, M. 375.— Einzelmöbel wie Kleiderschränke, Vertikows, Bettstellen, Spiegel usw. äußerst preiswert. **Stolzmann,** Belle-Alliance-Str. 100 Zahlungserleichterung auf Wunsch.

Linksrheinische Fabrik m. gr. Dampfkessel, Dampfkoch-Kesseln, Bottichen, Waschmaschinen, Centrifugen, Trockenanlage, gr. Packpresse, 250 PS elektr. Kraft, gr. Lagerräumen und Bahnanschluß sucht Beschäftigung. Dieselbe übern. auch Lagerung verb. m. kommissionsw. Verkauf von Rohstoffen und Fabrikaten jeglicher Art. Anfragen unt. U. 29 an die Expedition dieses Blattes.

Möbel günst. Einkauf Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen DORN, Weinmeisterstr. 9 unweit Pfandkammer.

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandol. 65.—, erstkl. 85.—, Konzertlaute 135.—, 145.— (Unterricht 5.— Monatsbeitrag, eventl. 10 Stdg. Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstraße 106 III.

Nähe Kaiserdamm, direkt an der Untergrundbahn, haben wir ein neues Eckhaus mit allen modernen Einrichtungen an schnellentschlossenen Käufer für M. 875 000 zu verkaufen. Dasselbe enth. 2 Läden und 4- bis 6-Zimmerwohnungen. Hoher Ueberschuß, trotzdem Friedensmieten, Zimmer 300—400 M. 1929 Isr. Schmidt Söhne, Leipzig. St. 112, C. Mauerstr. Zentr. 12600—3 u. 3068.

Nahe Brandenburgische Straße unweit Kurfürstendamm habe ich ein 1914 erbautes, hochherrschaftliches Wohnhaus ohne Läden, mit 2-6-Zimmerwohnung, u. geregelten Hypotheken bei ca. 59 000 M. Mieten sehr preisw. für 600 000 M. zu verkaufen. Näheres durch Julius M. Bier, Leipziger Straße 26. Zentrum 12250/53.

In Steglitz Wohnhaus mit 2-, 3-, 4- u. 5-Zimmerwohnungen, mit Ofenheizung und Warmwasserversorgung verseh. zum Preise von 220 000 M. bei einer Anzahlung von 30 000 M. zu verkaufen. Eine 4- bezw. 5-Zimmerwohnung kann übernommen werden. Auskunft erteilt Julius M. Bier, Leipziger Straße 26. Zentrum 12250/53.

Nahe Turmstraße und kleiner Tiergarten habe ich erbteilungshalbe. ein älteres Rentenhaus ohne Komfort, mit 1- bis 3-Zimmerwohnungen bei über 11 000 M. Friedensmieten für 130 000 M. bei einer Anzahlung von 30 000 M. zu verkaufen. Näheres durch Julius M. Bier, Leipziger Straße 26. Zentrum 12250/53.

Straßenhändler erhalten einen völlig neuen u. gäng. 20-Pf.-Parfümartikel. Von 9 1/2—3, Holzmarktstr. 21, Hofaufgang rechts. 2032*

Blüthnerpiano Schwechten, Mann, Ecke, Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. Konetzny, Alexanderstr. 31 (Alexpl.)*

Felle und Roßhaare kauft zu höchsten Preisen Schoß, Elbinger Str. 64. 3812*

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

MÖBEL Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort. **MÜLLER** Berlin, Alexanderstr. 31, Tel. Kgst. 1727.

Für das Arbeiter-Sekretariat Brandenburg a. H. wird zu möglichst baldigem Eintritt ein tüchtiger erfahrener 265/13*
Arbeiter-Sekretär gesucht. — Bewerbungen sind bis 1. August mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, des möglichen Eintrittstages und der Gehaltsforderungen zu richten an Heinrich Witt, Brandenburg a. H., Neustädt. Markt 2, I.

Für ein neugegründetes Parteiblatt in Emden in Ostfriesland wird mit Eintritt zum 1. August d. J. ein
erster politischer Redakteur gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, welche in der allgemeinen sowie in der Kommunalpolitik durchaus erfahren ist. 265/10*
Anstellung nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse". Bewerbungen an das Bezirksparteisekretariat Rüstringen, Peterstr. 76.

Redakteur gesucht
Unterzeichneter Verlag sucht zum möglichst baldigen Antritt einen mit dem gesamten Redaktionswesen gut vertrauten und eingearbeiteten Redakteur. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche erbittet der 265/6*
Verlag d. „Sächsischen Volksblattes" Zwickau Sa., Bosenstraße 16.

Arbeit in Norwegen.
Eisendrechsler und Motormechaniker.
Ein tüchtiger Eisendrechsler und Feiler zur Reparation von Explosivmotoren erhalten sofort Arbeit. Gesuche mit Auskunft über Alter, ausführliche Angaben über frühere Beschäftigung sowie Zeugnisse, attestiert von dem norwegischen Konsulat, erbeten an 70/14*
Aalesunds Motor- und Maskinfabrik a/S, Aalesund, Norwegen. Telegr.-Adr. „Statt".

Tüchtige Zuarbeiterinnen auf gute Seidenkleider gegen hohen Lohn. Bauer & Co., Dürrwaldstr. 10.

Student der Volkswirtschaft, drei Semester, mit rednerischer Befähigung, sucht **Anfangsstellung** in der Schriftleitung eines Parteiblattes. Gefl. Offerten unter 3276 an Annoncen-Expedition E. Dondel, Münster i. W. 18420

Bekanntmachung. Zum 1. Oktober d. J. ist an unserem Lyzeum die Stelle eines 390D **Oberlehrers** zu besetzen. Verlangt wird die Lehrbefähigung in Deutsch, Geschichte und Religion. Das Anfangsgehalt beträgt 3900 M. und steigt durch drei Zulagen von je 700 M. und durch vier Zulagen von je 600 M. nach drei Jahren in 21 Dienstjahren auf 8400 M. Außerdem wird ein ruhegehaltsberechtigter Wohnungsgeldzuschuß v. 1300 M. gewährt. Die Bewilligung von Umzugskosten bleibt besonderer Beschlußfassung vorbehalten. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften werden umgehend erbeten. 390D
Berlin-Lankwitz, 14. Juli 1919. Der Gemeindevorsteher.

Für eine in östlichem Vorort zu errichtende Genossenschaftstischlerei werden tüchtige **Tischler** mit entsprechendem Kapital gesucht. Es sollen bessere Herren- und Speisezimmer gebaut werden. Werkräume mit Dampfheizung, Trockenanlage und Kraftanschluß sind vorhanden. Angebote unter K. 29 an die Expedition d. Bl. 377D*

Tüchtige **Werkzeugmacher** bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Angebote an Aktiengesellschaft Hahn für Optik u. Mechanik, Ihringshausen bei Kassel. 405D*

25000 Mitarbeiter (ständige Kinobesucher) sofort gesucht. Filmschau, Berlin W 57.

Tischler auf Tische verlangt Cabiner Str. 16. 11/6

Werkmeister für Rahmen-Leisten-Fabrik in Schweden. Energische, vertrauensvolle Person, vollkommen kompetent, die Herstellung von Leisten jeder Art zu übernehmen, erhält sofort Stellung als Werkmeister bei unserer neugegründeten Fabrik. Antwort mit Zeugnisabschriften an 10/7 Skandinaviska Listfabriken Katrineholm, Schweden.

Nähmaschinen-Mechaniker mit Sattler-, Schuster-, Knopfloch-, Stickerei-, Schnellnäher- und Hohlsaumen-Maschinen sowie Kraftbetriebsanlagen gründlich vertraut, gesucht per sofort nach Dänemark. Sehr hohem Gehalt. Offerten erbeten unter A. S. 267 an Dyva & Jeppesen, Kopenhagen.

Tüchtige Tischler für Möbel nach Zeichnung stellt ein G. Olm, Schöneberg, Akazienstr. 27.

Zimmerleute stellt ein W. Wesemeier, Helmstedt

Kernstück-Former gesucht von Metallgießerei Oppenheimer, Prinzenstr. 96.

Verkäufer und Verkäuferin branchekundige, m. guten Zeugnissen, auch Lehrfräulein aus gutem Hause verlangt Juwelier Wilh. Hötze 3801b Leipziger Str. 30.

Geübte Poliererin sofort verlangt Goldwarenfabrik J. Weinstock G. m. b. H., Berlin, Mohrenstr. 16.

Jüngere Damen für leichte Näharbeit für mein Putzatelier verlangt per sofort Siegmund Haagen, Wallstraße 11/12. 10/1

Lehrmädchen sowie Zuarbeiterinnen für mein Putzatelier verlangt per sofort Siegmund Haagen, Wallstraße 11/12.

Tüchtige Stenotypistin gewandte und flotte Maschinenschreiberin, zum sofortigen Antritt gesucht. M. Pech G. m. b. H., Berlin W. 35, Am Karlsbad 15.

TROCKEN-PARFUM TERAS/HAUS MAX SCHWARZLOSE
SOLM. FLIEDER. FÜR BLONDINEN zarte Blumendüfte FLORALIN ROSE ROYALE MAIGLÖCKCHEN WALDVEILCHEN
FÜR BRÜNETTE herbe ganz ausgesuchte Gerüche LAVENDEL SALAMBO KÖNIGSFARRN ROTKLEE JUCHTEN CHYPRE SPANISCH LEDER

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Kutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die Fledermaus.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ U. Der Bias

Kleines Theater.
7½ Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis

Komische Oper
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7¾ U.: Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater
7½ Uhr: Weinende Erben.
Oper in 3 Akt. v. R. Danziger.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7¾ U.: Junger Sonnenschein

Th. am Nollendorfplatz
7¾ Uhr: Die goldene Eva.
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polterabend.

Wallner-Theater
7½ Uhr: Das Gesetz.

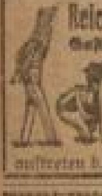
Luisen-Theater.
7½: Wenn Frauen lieben
Sonntg. 3: einmal. Aufführung
Der Hüttenbesitzer.
Täglich abends 7½:
Wenn Frauen lieben.

National-Theater
8 Uhr Stürm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die Frau des Debutanten.

Rose-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
¼8: Neptuns Bummelfahrt.
Gr. Operetten-Posse in 3 Akten.
In der Tanz-Diele täglich: Ball.
Varieté Anfang 6½ Uhr.



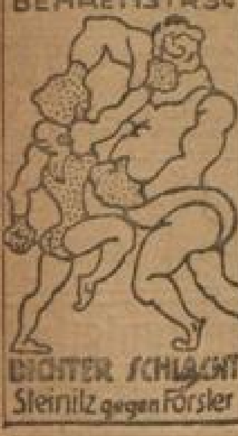
Reichshall.-Theater
Gastspiel d. berühmten Dresdener Victoria-Säng.
Billig neues Programm.
1. 8. Wiederauftreten d. Stettiner Sänger.

Linden-Restaurant
Eingänge:
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 62

allseitig gerühmte Küche!

Echt Pilsener und Münchener Biere
Kapelle Michälel.
Geschäftsführung:
Tonndorf-Betriebe
Gr. Bau Tonndorf

METROPOL KABARETT
BEHRENSTR. 54



DICHTER SCHLAGHT
Steinitz gegen Förster

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Täglich 8 Uhr:
Der heilige Florian.

Deutsches Theater.
7½ Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber und Hans Wassmann in Die Geisha.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau
8: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
½8 Uhr: Die tolle Komtess.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 187. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927.2391
Tägl. 8 U. Heute z. 312. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Voigt-Theater
Badstraße 58. 7½ Uhr:
Frühlingsluft.
Vorher:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 5 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Jed. Mittw., Sbd. Sonnt.: Ball.
Sbd. 19.: Die Förster-Christl.

Admirals-Palast.
Internation. Ringkämpfe
um den Preis der Deutschen Republik.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Die Schuld
mit Henny Porten.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Letzter Gastspiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten Schlager-Burleske
Nur nicht schießen
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3½ Erwachs. 1 Kind frei!

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Gärtchen-Konzert.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Vergnügungspalast Schloßbr. Schöneberg
Hauptstr. 122/123.
Der spannende Entscheidungskampf
Bartkowiak-Polen geg. Petitjean-Berlin.
Nachdem ringen:
Radtke-Charlottenburg gegen Kaddatz-Stettin.
Winter-Wien gegen Mohrmann-Berlin.
Gebhard-Amerika gegen Banduda-Amerika.
Wolf-Budapest gegen Scholz-Brandenburg.
Beginn der Ringkämpfe
— Punkt 8½ Uhr. —

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Fritz Berger und
Minna Reverelly
im Duett
Dr. Alios
Paul Coradini
Ernst Waritz
Eva Waritz
Conf.: Willi Horwitz
Am Flügel: Sawade

MARMOR HAUS
Direktion: Siegbert Goldschmidt
Kurfürstendamm 236.

Heute 2 Uraufführungen!
MAZEPPA
Der Volksheld der Ukraine
6 Akte, verfaßt und inszeniert von
Martin Berger
Hauptdarsteller:
Werner Krauß
Eva Speyer

Außerdem das Lustspiel:
Die Medaille der Republik
mit
Richard Senius
Heinrich Peer Ida Perry
Regie: L. Bätz

4. 6¹⁵ 8³⁰

„Libelle"
Jägerstraße 63a
Gepflegte Weine
Gute Küche
Täglich Tanz. Anfang 8 Uhr
KAPELLE POLLSCHUK

Rennen zu Berlin-Grunewald
8. Tag: Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 2½ Uhr:
8 Rennen im Werte v. M. 140 000 u. a.:
Heyden-Linden-Erinnerungsrennen 40 000 M.
Verkehrsverbindungen:
Vorortzüge bis Bahnhof Rennbahn, Untergrundbahn bis Bahnhof Reichskanzlerplatz, Straßenbahnen D und U bis Bahnhof Heerstraße etc.

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende Zahnpaste

Glänzende Existenz
bietet sich Anfängern mit kleinem Kapital, Kriegsteilnehmern usw. durch Anschaffung einer
Prämafix-Druckerei und Prägerei.
Vorführung und Unterweisung nachmittags 3—6 Uhr Charlottenburg, Kuno-Fischer-Straße 13.
Hans Bauchwitz, Generalvertreter.

Juwelier Siegele
Berlin NW
Friedrichstrasse 53
Brillanten von höchstem Feuer
Perlen

Kronen, Brücken, Plomben
Zähne in 1 Tag
Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's
Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz
Magdeburger Str. 28, Ecke Lützowstr., Kurf. 1230

13. und 14. Abteilung.
Der wegen der ungünstigen Witterung am letzten Sonntag nicht stattgefundene
Familien-Ausflug
nach Hirschgarten
findet am Sonntag, den 20. Juli 1919, statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Restaurant „Zum Aussichtsturm" daselbst.

Wahlverein Pankow und Niederschönhausen (S. P. D.)
Sonnabend, den 19. Juli, im Etablissement „Strandwiese", für die gesamte Bevölkerung von Pankow und Niederschönhausen
Großes Sommerfest
Großes Gartenkonzert (Beginn 4 Uhr nachmittags). — Kinderbelustigungen. Onkel Jombo mit Kasperletheater. — Volkstänze und Reigen, aufgeführt durch die Pankower und Niederschönhausener Arbeiterjugend.
Tanz ♦ Preiskegeln
Kassenöffnung 2 Uhr nachmittags.
Kaffeeküche. — Eintritt 60 Pfennig. — Kinder unter 14 Jahren frei. — Aenderungen im Programm bleiben vorbehalten.

Freier Ruderbund Berlin.
Collegia Freiheit Vorwärts
Bundes-Regatta
Sonntag, 20. Juli, mittags 12 Uhr.
Start: Eisenbahnbrücke Treptow. Ziel: „Schwanenberg"
Nachmittags 4 Uhr:
Gartenfest.
Konzert ab 12 Uhr: Berliner Sinfonie-Orchester. Maximilian Fischer. — Kinderspiele. — Tanz.
Eintritt 0,90 M. Tanz 1,50 M.

Für Volks- und Kinderfeste
Humor. Kopfbedeckungen, Polonäsenstäbe, Stocklaternen, Fackeln, Fahnen, Lampions, Feuerwerk, Konfetti, Luftschlangen, Radaufachen, Verlosungsartikel usw.
Pohl & Weber Nachf.,
Berlin SW 19,
Spittelmarkt 4/5. [12062*

Blendend weisser Teint
Besalon-Bleich-Cream
der Leberflecken, Sommersprossen usw. entfernt. Probetube M. 2,50, große Dose M. 6,—. Zu haben in Apotheken, Drogerien usw. Fabrikant: Apotheker Bruno Salomon, Fabrik pharmaceutischer Präparate, Charlottenburg IV 1, Bismarckstr. 96.
Versand durch die Luisenstädtische Apotheke
Berlin SO., Cöpenicker Str. 119.

Lebensmittel
aller Art liefern an Behörden, nur in Waggonladungen, ab Frankfurt a. Main zu besonders
1016* **billigen Preisen,**
da direkt aus erster Hand.
Bei gefl. Anfragen wird gebeten, den Preis in Mark- oder Frankwährung zu verlangen.
Oskar Weiß & Co.,
Frankfurt a. M., Staufenstr. 34.
Drahtanschrift: „Oweko".
Fernspr.: Amt Taunus 1462.

Nahe
Wannseebahn. Friedenau
habe ich ein sehr rentables Grundstück mit Ofenheizung versehen zum Preise von 270 000 M. zu verkaufen. Eine 5-Zimmerwohnung kann bezogen werden.
Nähere Auskunft erteilt
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Kostümstoff-Reste
knapp 4 Meter für 92 bis 162 M.
Baumann, Bayreuther Str. 1.

Ia Rasierseife!
Prima Fettseife 125 Gr. 2,80,
Waschseife, 1 Stck. = 150 g 3,50 M. Lieferung unter Nachnahme. Fritz Müller, Bln.-Schöneberg V, Eisenacher Str. 88

Freigegeben ist der größte Berliner Sittenroman
Das Mädchen aus der Ackerstraße
Ein Sittenbild aus Groß-Berlin
von Ernst Friedrich.
Preis geheftet M. 5,50, vornehm gebunden M. 7,15.
Ferner ist soeben erschienen:
Der Skorpion
von Anna Elisabeth Weirauch.
Es wird die Geschichte der Liebe, der Leidenschaft zweier junger Mädchen zu einander erzählt und mit Unerschrockenheit und Klarheit ein Thema behandelt, das bis jetzt nie zum Gegenstand eines Romans gemacht worden ist.
Preis geheftet M. 8,—, vornehm gebunden M. 11,—.
Zu beziehen durch:
Vogler & Co., Berlin W. 9
Köthener Str. 27, Abteilung 9.

Welcher Roman
erreichte trotz
Verbot
200000
Auflage?
Achtung! Inserat Sonnabend!

Warum ist das Mehl und Brot so minderwertig?
Weil es gesundheitlich fehlerhaft hergestellt wird!
Jedermann, insbesondere der Arzt, Volkswirt, Arbeiter, fordere die sofortige Beseitigung dieser Unvernunft! 8069
Aufklärung hierüber gebe ich kostenlos, zeige auch dabei den Weg der gemeinwirtschaftlichen Selbsthilfe zur Verbesserung unserer Volksernährung.
Mühlen-Ingenieur Stefan Steinmetz,
Berlin N 39, Gerichtstr. 71.

Dentozon
antiseptische Mundwasser-Tabletten
zur täglichen Desinfektion des Mundes.

60 Tabletten in nebenstehenden Imitationskarton. Zu haben in allen allen einschlägigen Geschäften.
Germosanwerk GmbH München
Generalvertrieb für Provinz Brandenburg
H. C. Bauer, Charlottenburg, Windscheidstr. 34

Direkt aus meiner Fabrik
diese 4 Rein-Aluminium-Kochtöpfe mit Deckel

Inhalt 4 3 2 1½ Liter
Mark 56,00 franko Nachnahme.
Aluminium-Prägewerk Seuthe,
Holthausen bei Plettenberg. 115K

Haarlemer Olie.
Fabrikant von echtem Haarlemer Oel,
Marke: „Reform-Tilly" 184/19
kommt in kurzer Zeit nach Berlin zwecks Verkauf an Grossisten u. Großkonsumenten. Firmen, Grossisten, welche Offerte in diesem Artikel wünschen, bitten wir zu schreiben an
N. V. Reform, Rastenburger Straße 169. **Amsterdam.**

Fabrikkantine
in Tempelhof zum 1. Oktober zu verpachten. Angebote unter T. 29 an die Expedition d. Bl. 2869

Siedlungsgenossenschaft, die im westlichen Vorort Berlins mit ¼—½ Stunde Bahnfahrt eine 822
Siedlung für Gartenbau- und Kleintierzucht
anlegt, sucht Teilnehmer. Höhere Schulen aller Art in der Nähe. Anfragen mit Angabe des Berufes und der verfügbaren Mittel erbeten unter H. 8382 P. an Haasenstein & Vogler, Berlin W 35.

Lombard-Haus
R. Graff, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beleihung
Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10—50% unt. Ladenpr.
Zentrum 1... Geschäftsz. 10-...

500 Mark
zahle ich demjenigen, der mir den Verbleib der mir in der Nacht vom 14. zum 15. gestohlenen Treibriemen und Motor 1 PS. nachweist. Diskretion zugesichert. Julius Scheibe, Berlin-Britz, Rudower Str. 25.